

Auswirkungen der Coronapandemie auf die demographische Struktur in Österreich

ALEXANDER WISBAUER
JULIA SCHUSTER
PAULINE POHL

Die COVID-19-Pandemie und die zu deren Eindämmung verhängten politischen Maßnahmen beeinflussten die Gesundheit und Lebensgestaltung der Menschen. Basierend auf Statistik Austria zur Verfügung stehendem Datenmaterial fragt dieser Beitrag nach demographischen Auswirkungen der ersten zweieinhalb Pandemiejahre auf die österreichische Bevölkerung. Es zeigt sich, dass die Mortalität in dieser Zeit deutlich anstieg, jedoch im Zeitverlauf nicht nur mit Infektionswellen sondern auch mit Einsetzen der Lockdowns variierte. Auch bei der Zahl der Geburten gab es Veränderungen über den Zeitverlauf der Pandemie, die sich durch Unsicherheiten mit Bezug auf Lockdowns, aber auch Impfungen interpretieren lassen. Die internationale Migration brach insbesondere im Frühjahr 2020, als die europa- und weltweite Mobilität stark eingeschränkt war, mit Unterschieden zwischen Personen verschiedener Staatsangehörigkeiten deutlich ein. Dies zeigte sich auch in der Zahl der in Österreich gestellten Asylanträge. Im ersten Lockdown 2020 reduzierten sich auch die Wanderungen innerhalb Österreichs stark, während alle weiteren Lockdowns weniger Einfluss darauf hatten. Allerdings gab es 2020 und 2021 mehrere Phasen, in denen mehr Personen aus städtischen in ländliche Räume übersiedelten als vor der Pandemie. Auch bei der Zahl der angemeldeten Nebenwohnsitze – die im Kontext von Ausgangsbeschränkungen und Homeoffice neue Relevanz erhielten – tat sich einiges: Insgesamt erhöhte sich ihre Anzahl während der Pandemie, allerdings machten sich in vielen Gemeinden auch Abmeldungen von Tourismusarbeitskräften bemerkbar.

Einleitung

Als das Coronavirus Ende Februar 2020 erstmals in Österreich nachgewiesen wurde, hatte die globale Ausbreitung von COVID-19 offiziell noch nicht das Ausmaß einer Pandemie erreicht. Diese wurde erst am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgerufen.¹ Bereits am Vortag verkündete die österreichische Bundesregierung erste Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens, und in der darauffolgenden Woche befand sich Österreich im ersten Lockdown. In dieser Phase der Pandemie war die Bevölkerung plötzlich mit einer völlig neuen Situation konfrontiert, und die wenigsten hatten eine konkrete Vorstellung, was die kommenden Wochen, Monate oder gar Jahre bringen würden. Neben dem individuellen gesundheitlichen Risiko durch das Coronavirus haben insbesondere Einschränkungen im Kindergartenbetrieb, Distance Learning an Schulen und Universitäten sowie die Verlagerung zahlreicher beruflicher Tätigkeiten ins Homeoffice das Leben vieler Menschen nachhaltig beeinflusst. Wirtschaftliche Unsicherheit, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit bei Beschäftigten in von den behördlichen Schließungen betroffenen Betrieben kamen dazu.

Der vorliegende Beitrag² untersucht, welche Auswirkungen die ersten zweieinhalb Jahre Coronapandemie und die damit verbundenen Veränderungen des Lebens auf die demographische Lage in Österreich hatten. Welchen Einfluss hatte das Coronavirus auf das Mortalitätsgeschehen im Lauf der Zeit? Wie wirkte die Pandemie auf die Lebenserwartung der Menschen? Wie haben sich das Fertilitätsniveau und der Kinderwunsch seit Beginn der Pandemie verändert? Verhinderten verschärfte Grenzkontrollen internationale

Migration und Asylmigration? Wirkt sich die zunehmende Verlagerung zahlreicher beruflicher Tätigkeiten ins Homeoffice auf das innerösterreichische Wanderungsgeschehen aus? Haben multilokale Wohnformen an Bedeutung gewonnen? Der vorliegende Beitrag liefert Antworten auf diese Fragen.

Statistische Datengrundlagen

Bevor dieser Artikel auf den Pandemieverlauf in Österreich und seine Auswirkungen auf die demographische Entwicklung eingeht, folgt ein Überblick über die Datengrundlagen. Spezielle pandemiebezogene Daten erhielt Statistik Austria zwischen September 2021 und September 2022 auf Grundlage des Epidemiegesetzes, um beauftragte³ Auswertungen über den COVID-19-Geimpft- und Genesungsstatus der österreichischen Bevölkerung sowie bestimmter Berufs- und Personengruppen erstellen zu können. In diesem Zeitraum gab es sowohl monatliche, stichtagsbezogene Datenlieferungen aus dem Nationalen Impfregeister Österreichs,⁴ die alle in Österreich gegen COVID-19 geimpften Personen umfassten, als auch vom Gesundheitsministerium monatlich gelieferte Daten des Epidemiologischen Meldesystems (EMS), in denen personenbezogene Informationen über in Österreich gemeldete COVID-19-Fälle enthalten waren. Diese beiden Datenquellen konnten unter anderem mit Daten der Registerbasierten Erwerbsverläufe, des Bildungsstandregisters und den Daten zum Bevölkerungsstand verknüpft werden, um soziodemographische Informationen etwa über Erwerbsstatus, Bildungsstand oder Haushaltskomposition zu erhalten.

1) Rosner (2022): „Corona-Pandemie: Sie befinden sich hier!“.

2) Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der in den „Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 164. Jahrgang, S. 9–70 erschienen ist.

3) Auftraggeber waren das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie das Bundesministerium für Inneres.

4) Das Nationale Impfregeister ist Teil der elektronischen Gesundheitsakte (ELGA).

Zu beachten ist, dass die Daten des EMS über positiv bestätigte Infektionen mit dem Coronavirus kein vollständiges Bild des tatsächlichen Infektionsgeschehens ermöglichen, da eine gewisse Dunkelziffer an nicht erfassten Infektionsfällen angenommen werden muss. Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben: Einerseits dürften symptomlose bzw. schwach-symptomatische Krankheitsverläufe unerkannt geblieben sein. Andererseits werden manche Personen auch bei Krankheitssymptomen keinen amtlichen PCR-Test durchgeführt haben, sei es, weil eine Testung mittels Nasen-Rachen-Abstrich als unangenehm oder das Aufsuchen einer Teststation insbesondere im ländlichen Raum als mühsam empfunden wurde oder sei es, weil man keinen Absonderungsbescheid erhalten wollte. Die verschiedenen zeitlichen Phasen der COVID-19-Maßnahmen in Österreich haben sicherlich auch beeinflusst, wie oft sich Personen individuell testen ließen. Musste ein negatives Testergebnis für die Teilnahme am Präsenzunterricht in Schulen vorgewiesen werden, um den Arbeitsplatz betreten zu dürfen oder um Restaurants besuchen zu können, wurden höchstwahrscheinlich mehr Infektionen erfasst als in der Anfangsphase der Pandemie, als Tests generell nur in geringem Umfang verfügbar waren, oder auch als in späteren Phasen ein negativer COVID-19-Test als Eintrittsnachweis kaum mehr notwendig war.

Die von Statistik Austria und der Medizinischen Universität Wien im Zeitraum vom 12. bis 14. November 2020 durchgeführte COVID-19-Prävalenz-Studie ergab, dass weniger als die Hälfte der nachgewiesenen Infektionen mit SARS-CoV-2 auch behördlich bekannt waren. Die im Rahmen einer Zufallsstichprobe aus allen in Privathaushalten in Österreich lebenden Personen ab 16 Jahren gezogenen Studienteilnehmer:innen wurden sowohl mittels PCR-Test auf eine aktive Infektion als auch mittels serologischer Analyse von Blutproben auf Antikörper gegen SARS-CoV-2, also eine in der Vergangenheit bereits durchgemachte Infektion mit dem Coronavirus, untersucht. Ein Abgleich der Ergebnisse mit dem epidemiologischen Meldesystem ergab, dass 53 % der zum Studienzeitpunkt aktiven Infektionen sowie 61 % der weiter zurückliegenden Infektionen zwischen Pandemiebeginn und etwa Mitte / Ende Oktober 2020 behördlich nicht bekannt waren.⁵

Alle weiteren Auswertungen in diesem Beitrag basieren auf den amtlichen Bevölkerungsstatistiken in Österreich, die von Statistik Austria auf Grundlage der Daten aus dem Zentralen Melderegister sowie dem Zentralen Personenstandsregister erstellt werden. Beim Verfassen dieses Beitrags lagen für all diese Statistiken endgültige Ergebnisse bis zum Berichtsjahr 2021 sowie vielfach vorläufige Ergebnisse für das erste Halbjahr 2022, teilweise auch bereits für das dritte Quartal 2022 vor. Der Betrachtungszeitraum umfasst somit im Wesentlichen die Zeitspanne vom 1. Jänner 2020 bis zur Jahresmitte 2022.

5) Statistik Austria / Medizinische Universität Wien (2021): „COVID-19 Prävalenz November 2020“, S. 36, 40.

Regional differenzierte Auswertungen basieren in diesem Beitrag entweder auf der administrativen Gliederung Österreichs oder auf der von Statistik Austria entwickelten Urban-Rural-Typologie. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der statistischen Belastbarkeit der Ergebnisse werden die Gemeindetypen der originalen Urban-Rural-Typologie hier jedoch zu fünf Kategorien zusammengefasst: Innerhalb des städtischen Raumtyps wird zwischen urbanen Großzentren und urbanen Mittel- und Kleinzentren unterschieden. Innerhalb des ländlichen Raumtyps erfolgt die Differenzierung zwischen regionalen Zentren, Außenzonen von Zentren und dem ländlichen Raum abseits von Zentren.

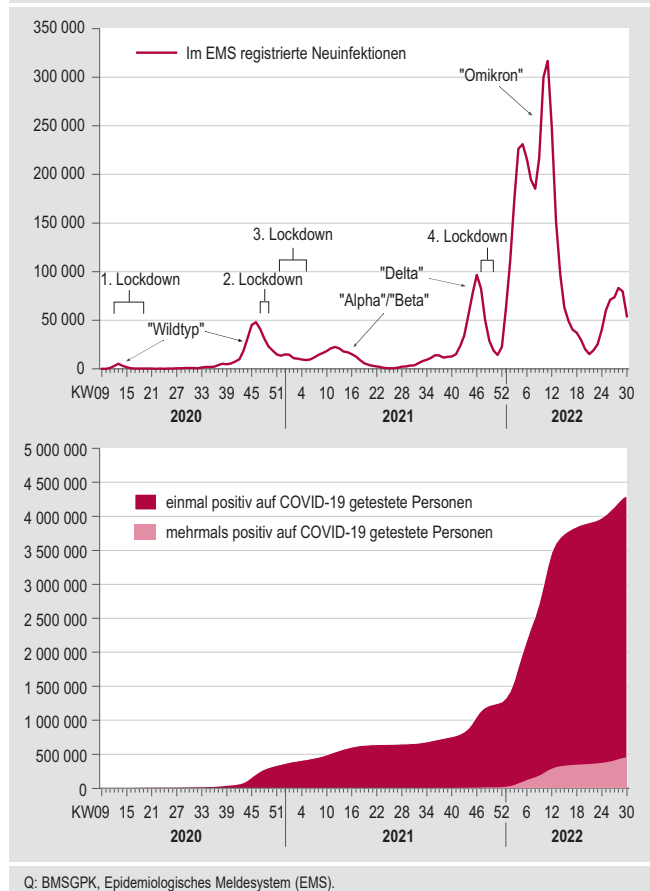
Pandemieverlauf in Österreich

In den EMS-Daten des Gesundheitsministeriums wurden in der 9. Kalenderwoche 2020 die ersten zwölf Infektionsfälle mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 eingetragen, der erste Fall wurde mit 26. Februar 2020 datiert. In den darauffolgenden Wochen stieg die Anzahl der Neuinfektionen – ausgehend von diesem noch sehr niedrigen absoluten Niveau – relativ rasant an. Am 16. März 2020, also mit Beginn der 12. Kalenderwoche, in der insgesamt 3 078 Neuinfektionen registriert wurden, trat der erste bundesweite Lockdown in Kraft. Dieser zeigte mit kurzer Verzögerung seine Wirkung: In der 13. Kalenderwoche erhöhte sich die Zahl der Infektionen noch ein vorerst letztes Mal auf 5 209, ehe sich ab der 14. Kalenderwoche mit 3 059 Neuinfektionen ein Abwärtstrend bemerkbar machte. In der 24. Kalenderwoche wurden nur 172 Neuinfektionen mit dem Coronavirus registriert; so wenige Fälle gab es bis zum Ende des Untersuchungszeitraums zur Jahresmitte 2022 nie wieder.

Bis Ende Juni 2020 infizierten sich österreichweit insgesamt 17 813 Personen nachweislich mit dem Coronavirus. Damit hatten 0,2 % der Bevölkerung zum Stichtag 01.07.2020 bereits Kontakt mit dem Virus gehabt. Im Lauf des Juli 2020 begannen die Infektionszahlen wieder allmählich anzusteigen. Mit Schulbeginn in Westösterreich (38. Kalenderwoche) wurde mit 5 229 Neuinfektionen innerhalb einer Woche der bisherige Höchstwert aus der ersten Infektionswelle vom März 2020 überschritten. Im vierten Quartal des Jahres 2020 beschleunigte sich das Infektionsgeschehen in Österreich rasant (*Grafik 1*). In der 42. Kalenderwoche lag die Zahl der Neuinfektionen mit 9 927 letztmals in diesem Jahr unter der 10 000er-Schwelle. In der zweiten Novemberwoche (46. Kalenderwoche) wurde mit 48 073 Neuinfektionen ein neuer Rekord verzeichnet. Gleichzeitig verkündete die Bundesregierung einen zweiten harten Lockdown ab 17.11.2020 für die Dauer von drei Wochen. Bis zur letzten Woche dieses harten Lockdowns halbierte sich die Zahl der Neuinfektionen auf 23 168 – und das, obwohl in dieser Woche erstmals österreichweite Massentests angeboten wurden, an denen sich ungefähr zwei Millionen Menschen beteiligten. Am zweiten Weihnachtsfeiertag begann, nicht zuletzt, weil inzwischen die neue Alpha-Variante des Coronavirus dominant wurde, bereits der dritte harte Lockdown.

Wöchentliche Neuinfektionen mit SARS-CoV-2 sowie kumulative Entwicklung der Anzahl jemals positiv auf COVID-19 getesteter Personen von Anfang 2020 bis Mitte 2022

Grafik 1



Bis zum Jahresende 2020 hatten sich österreichweit 362 112 Personen mit dem Coronavirus infiziert, 102 von ihnen sogar zweimal. Bis zum Stichtag 01.01.2021 hatten 3,8 % der Bevölkerung eine nachgewiesene Infektion durchgemacht.

In den ersten fünf Wochen des Jahres 2021 reduzierte sich die Zahl der Neuinfektionen von Woche zu Woche und erreichte in der ersten Februarwoche mit 9 192 Fällen ein vorübergehendes Minimum. Gegen Ende dieser Woche endete auch der dritte harte Lockdown in Österreich. Die Zahl der Neuinfektionen stieg in den folgenden Wochen wieder merkbar an und lag in der zweiten Märzhälfte bei mehr als 20 000 wöchentlichen Infektionen. Der Höhepunkt der Infektionswelle im ersten Halbjahr 2021 wurde mit 22 504 Fällen Ende März in der 12. Kalenderwoche registriert. Die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen reduzierte sich danach markant und lag Anfang Mai in der 18. Kalenderwoche mit 8 931 Infektionen erstmals seit elf Wochen wieder unterhalb der 10 000er-Schwelle. Bis Ende Juni ging sie weiter deutlich zurück. In der 25. und 26. Kalenderwoche wurden mit 684 bzw. 633 Infektionen so wenige Fälle wie seit knapp einem Jahr nicht mehr verzeichnet.

In Summe hatten sich österreichweit bis zum 30.06.2021 insgesamt 647 191 Personen nachweislich mit dem Corona-

virus infiziert, darunter 1 297 Personen sogar mehrfach. Damit hatten 6,8 % der Bevölkerung zum Stichtag 01.07.2021 bereits Kontakt mit dem Virus.

Ab Anfang Juli 2021 dominierte die neue Virusvariante „Delta“ das Infektionsgeschehen in Österreich. Im Juli und August 2021 stieg die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen kontinuierlich an und überschritt zu Ende der Sommerschulferien in der 35. Kalenderwoche mit 11 257 Fällen bereits wieder die 10 000er-Marke, die bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Sommer 2022 nicht mehr unterschritten wurde. Ab Mitte Oktober erhöhte sich die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen von 15 264 in der 41. Kalenderwoche innerhalb von nur fünf Wochen schlagartig auf 96 743 in der 46. Kalenderwoche. Um die rasante Ausbreitung des Coronavirus in den Griff zu bekommen, verfügte die Bundesregierung ab 22.11.2021 für die Dauer von drei Wochen abermals einen allgemeinen und bundesweiten Lockdown. Die Infektionszahlen gingen daraufhin deutlich zurück: Sie lagen Mitte Dezember nach Ende des Lockdowns in der 50. Kalenderwoche 2021 bei 18 677 Fällen und erreichten in der darauffolgenden 51. Kalenderwoche mit 14 384 Neuinfektionen eine vorübergehende Talsohle (Grafik 1).

Bis zum Ende des Jahres 2021 hatten sich österreichweit 1 262 603 Menschen nachweislich mit dem Coronavirus infiziert, knapp die Hälfte davon (48,7 %) im zweiten Halbjahr 2021. Bei insgesamt 14 293 Personen wurden bis Jahresende 2021 in den Daten des epidemiologischen Meldesystems Reinfektionen erfasst, bei 88 Personen wurden sogar jeweils drei Infektionsereignisse dokumentiert. Zum Stichtag 01.01.2022 lag der Anteil bereits infizierter Personen an der Gesamtbevölkerung bei 13,4 % und war damit beinahe doppelt so hoch wie noch vor einem halben Jahr (6,8 % am 01.07.2021).

Im Rahmen einer im Dezember 2021 durchgeführten Seroprävalenzstudie wurden stichprobenhaft Blutproben von zuvor weder jemals positiv getesteten noch gegen das Coronavirus geimpften Personen auf Antikörper untersucht. Darauf aufbauende Schätzungen besagten, dass zum Zeitpunkt der Erhebung etwa jede fünfte nicht geimpfte und nicht behördlich als genesen bekannte Person unbemerkt eine SARS-CoV-2-Infektion durchgemacht hatte. In absoluten Zahlen wären dies etwa 394 000 Personen, deren Infektion mit dem Coronavirus keinen Eintrag in den offiziellen Daten des epidemiologischen Melderegisters gefunden hat.⁶

Mit Beginn des Jahres 2022 brachte die zu diesem Zeitpunkt dominant gewordene Omikron-Variante des Coronavirus eine völlig neue Dynamik in das Infektionsgeschehen. Ausgehend von 22 444 Neuinfektionen in der 52. Kalenderwoche 2021 kam es innerhalb von nur vier Wochen zu einer

6) Statistik Austria / Medizinische Universität Wien (2022): „Schätzung der COVID-19-Seroprävalenz von nicht geimpften und nicht behördlich als genesen bekannten Personen“, S. 9.

Verzehnfachung der Infektionszahlen. In der 5. Kalenderwoche 2022 wurde mit 231 002 Fällen ein vorübergehender Höchststand erreicht, ehe es drei Wochen lang zu einem geringfügigen Rückgang auf 185 261 Infektionen in der letzten Februarwoche (8. Kalenderwoche) kam. Im März folgte bereits ein zweiter Gipfel der Omikron-Welle, der zur Monatsmitte mit insgesamt 316 784 Infektionen in der 11. Kalenderwoche 2022 kulminierte (*Grafik 1*). Allein in dieser einen Woche infizierten sich gut 3,5 % der österreichischen Bevölkerung mit dem Virus, im gesamten ersten Quartal 2022 waren es rund 28,8 %. Bis Ende März 2022 wurde bei insgesamt 3 565 677 Menschen in Österreich eine Infektion mit dem Coronavirus nachgewiesen, darunter bei 302 387 Personen sogar mehrfach. Mit Stichtag 01.04.2022 hatten somit etwa 38,2 % der Bevölkerung nachweislich eine Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht.

Im zweiten Quartal 2022 bremste sich das Infektionsgeschehen relativ schnell ein. Anfang April, in der 14. Kalenderwoche 2022, wurde mit 96 864 Neuinfektionen die 100 000er-Schwelle unterschritten, und zwei Wochen später gab es bereits weniger als 50 000 Infektionsfälle. Ende Mai, in der 21. Kalenderwoche, wurde schließlich mit 15 192 Neuinfektionen eine Talsohle erreicht. In den darauffolgenden Wochen stieg die Zahl der positiv auf das Coronavirus getesteten Menschen in Österreich wieder deutlich an. Zur Jahresmitte, in der 26. Kalenderwoche lag die Zahl der Neuinfektionen bei 71 222.

Bis Ende Juni 2022 hatten sich insgesamt 4 060 792 Menschen in Österreich nachweislich mit dem Coronavirus infiziert. Bei 390 032 Personen wurden im Lauf der Zeit mehrfache Infektionen festgestellt, meistens waren es zwei Infektionen, 9 555 Personen hatten sich jedoch dreimal und weitere 93 Personen viermal infiziert. Betrachtet man den Bevölkerungsstand zum 01.07.2022, so lag der Anteil der jemals mit dem Coronavirus nachweislich infizierten Personen bundesweit bei 43,3 %.

Regionale und soziodemographische Unterschiede im Infektionsgeschehen

Regionale Unterschiede

Das Infektionsgeschehen betraf sowohl die einzelnen Regionen Österreichs als auch verschiedene Bevölkerungsteilgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. In der Anfangsphase der Pandemie war nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung direkt von einer Infektion betroffen. Bis Ende Juni 2020 hatten bundesweit lediglich 0,2 % der Bevölkerung bereits Kontakt mit dem Virus. Regional gab es allerdings erhebliche Unterschiede. Insbesondere in jenen Tiroler Wintersportorten, die im März 2020 wegen einiger Superspreader-Ereignisse in Après-Ski-Lokalen in den Schlagzeilen waren,⁷ lag der Anteil bereits infizierter Personen auf besonders hohem Niveau: In der Gemeinde Ischgl hatten sich bis zum 01.07.2020 7,8 % der Bevölkerung mit dem Coronavirus infiziert, in Sankt Anton

7) Siehe *Al-Serori* (2020): „Ischgl und das Coronavirus“.

am Arlberg waren es 7,3 %. Galtür, die im oberen Paznauntal gelegene Nachbargemeinde von Ischgl, belegte mit einem Anteil von 4,7 % den dritten Platz unter den Gemeinden mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an bereits Infizierten. Es gab zum Stichtag 01.07.2020 österreichweit aber auch 494 Gemeinden, in denen noch niemand aus der Bevölkerung positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Größtenteils handelte es sich um kleinere Gemeinden in der Osthälfte des Landes, aber auch die beiden Bezirkshauptstädte Gmünd in Niederösterreich und Liezen in der Steiermark sowie die Statutarstadt Rust im Burgenland zählten damals dazu.

Ein Jahr später, zum Stichtag 01.07.2021, lag der Anteil der Bevölkerung mit bereits durchgemachter Infektion bundesweit bei 6,8 %. Mit Tschanigraben im Bezirk Güssing gab es damals nur noch eine einzige Gemeinde in Österreich, von deren Bevölkerung sich noch niemand nachweislich mit dem Coronavirus infiziert hatte. Das andere Extrembeispiel war die Gemeinde Gerlosberg im Zillertal, in der zu diesem Zeitpunkt bereits rund ein Fünftel der Bevölkerung (19,5 %) positiv auf das Coronavirus getestet worden war.

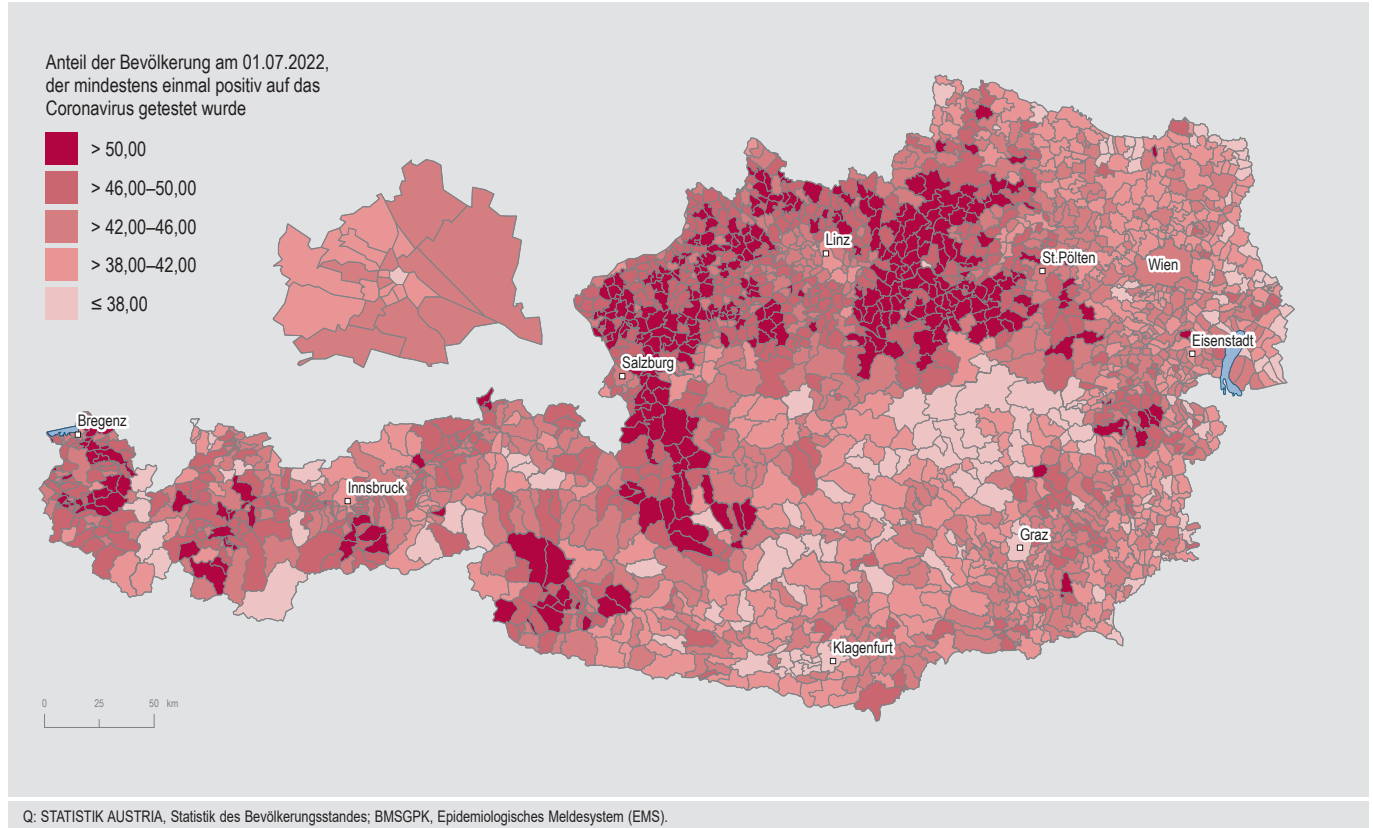
Bis Ende Juni 2022 stieg der Anteil jemals mit dem Coronavirus nachweislich infizierter Personen bundesweit auf 43,3 %. Auf Gemeindeebene (*Grafik 2*) lag die Spannweite des Anteils zwischen 23,2 % in der Tiroler Exklave Jungholz im Bezirk Reutte und 62,8 % in der im niederösterreichischen Mostviertel gelegenen Gemeinde Kirnberg an der Mank. Vor allem im Norden und Osten Niederösterreichs, in weiten Teilen des Burgenlandes, Kärntens und der Steiermark, und hier insbesondere im Mürztal, lagen die Anteile der mit dem Coronavirus nachweislich in Kontakt gekommenen Bevölkerung unter dem Bundesdurchschnitt. Im Gegensatz dazu konzentrierten sich im Westen Niederösterreichs, in Oberösterreich und Salzburg besonders viele Gemeinden, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung eine Infektion durchgemacht hatte. In Tirol und Vorarlberg war die Situation wesentlich kleinteiliger. Während beispielsweise im Wipptal, im oberen Inntal, im Großen Walsertal und zahlreichen Gemeinden des Bregenzerwaldes die Anteile der bereits infizierten Bevölkerung überdurchschnittlich hoch waren, gab es daneben auch Regionen und Talschaften mit verhältnismäßig geringen Anteilen, wie zum Beispiel im Kleinwalsertal, im Achental und im Zillertal sowie den Regionen um Kitzbühel oder Seefeld in Tirol. Besonders interessant ist, dass in der Gemeinde Ischgl, die von der allerersten Infektionswelle im März 2020 sehr hart getroffen wurde, zum Stichtag 01.07.2022 nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung (35,1 %) nachweislich jemals positiv auf das Coronavirus getestet wurde.

Altersspezifische Unterschiede

Neben den regionalen Disparitäten im Infektionsgeschehen zeigen sich auch markante demographische und sozioökonomische Unterschiede sowie solche in Abhängigkeit der familiären Haushaltsstruktur der Bevölkerung. Die größten

Jemals positiv auf COVID-19 getestete Personen am 01.07.2022 nach Gemeinden in Prozent

Grafik 2



Anteile an nachweislich Infizierten gab es bei Kindern im schulpflichtigen Alter: Mehr als zwei Drittel aller 9- bis 12-Jährigen wurden bis zum 01.07.2022 mindestens einmal positiv auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 getestet, bei den 11-Jährigen waren es sogar knapp mehr als 70 %. Das ist nicht weiter überraschend, da Schulkinder durch den mehrstündigen Aufenthalt in oft schlecht durchlüfteten Klassenzimmern einem relativ hohen Infektionsrisiko ausgesetzt waren und gleichzeitig über viele Monate hinweg mehrmals wöchentlich in der Schule getestet wurden, sodass auch die meisten asymptomatischen Infektionen detektiert wurden. Dass die Anteile der mit dem Coronavirus infizierten Schüler:innen im Alter von 15 bis 18 Jahren mit rund 62 % etwas niedriger ausfielen als bei den jüngeren, ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass in einzelnen Phasen der Pandemie nur an Pflichtschulen Präsenzunterricht abgehalten wurde, während Oberstufenklassen der allgemeinbildenden höheren Schulen sowie berufsbildende mittlere und höhere Schulen ihren Unterricht auf Distance Learning umstellen mussten.

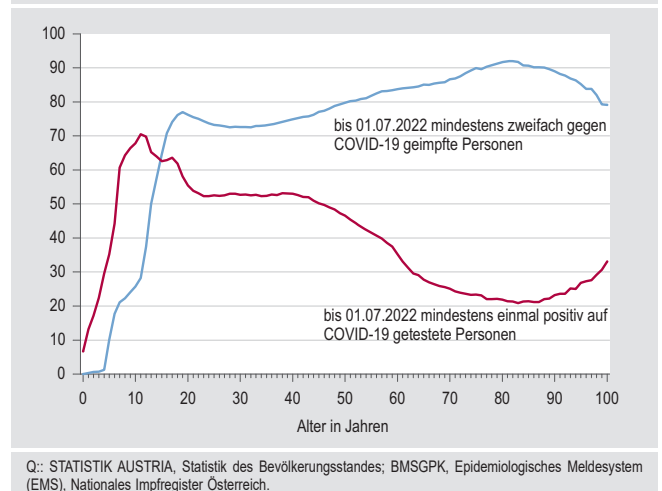
Etwas mehr als die Hälfte aller jüngeren Erwachsenen im Alter von etwa 20 bis 45 Jahren hat sich bis zur Jahresmitte 2022 mindestens einmal nachweislich mit SARS-CoV-2 infiziert. Danach geht der Anteil der jemals Infizierten mit zunehmendem Alter deutlich zurück: Bei den 57-Jährigen waren es rund 40 %, bei den 63-Jährigen nur rund 30 % und bei den 83-Jährigen gar nur 21 %. Danach zeigen sich bei den Hochaltrigen wieder steigende Infiziertenanteile: Bei-

spielsweise hatten 31 % aller 99-Jährigen und 33 % aller 100-Jährigen bis zum 01.07.2022 eine Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht. Grund dafür dürfte das höhere Infektionsrisiko bei Bewohner:innen von Alten- und Pflegeheimen sein.

Besonders auffällig ist der Zusammenhang zwischen der Altersverteilung der Bevölkerung, die mindestens einmal nachweislich mit SARS-CoV-2 infiziert war, und jener der Personen, die sich zumindest zweimal gegen COVID-19 impfen ließen (Grafik 3). Bei den jüngeren Erwachsenen zwischen etwa 25

Geimpfte und jemals positiv auf COVID-19 getestete Personen am 01.07.2022 nach Alter

Grafik 3



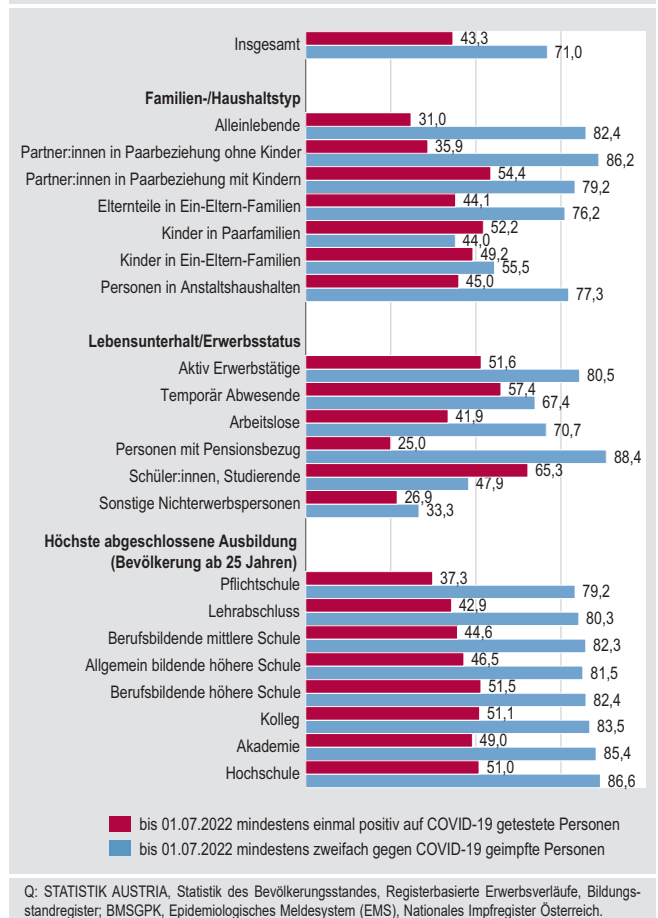
und 35 Jahren war der Anteil der Geimpften mit etwa 73 % vergleichsweise gering und stieg dann mit zunehmendem Alter kontinuierlich an. Unter den 77- bis 88-Jährigen erhielten sogar mehr als 90 % mindestens zwei COVID-19-Schutzimpfungen. Bei den Über-90-Jährigen ging der Anteil der Geimpften wieder allmählich zurück und erreichte bei den 99- und 100-Jährigen nur mehr einen Wert von 79 %. Sieht man von den Kindern und Jugendlichen mit generell eher niedrigen Impfquoten ab, so kann man zusammenfassend feststellen, dass in Altersgruppen mit höheren Anteilen an geimpften Personen der Anteil an bereits infizierten Personen deutlich niedriger ausfällt und umgekehrt.

Sozioökonomische Unterschiede

Altersspezifische Unterschiede in den Infektions- und Impfhäufigkeiten spiegeln sich auch in Ergebnissen nach dem Lebensunterhalt bzw. dem Erwerbsstatus der Bevölkerung wider (Grafik 4). So wiesen Schüler:innen und Studierende mit 65,3 % den höchsten Anteil an bereits mit dem Coronavirus infizierten Personen aller betrachteten Gruppen auf. Ebenfalls hohe Werte ergaben sich bei aktiv Erwerbstätigen (51,6 %) sowie temporär abwesenden Erwerbspersonen (57,4 %), zu denen beispielsweise Frauen in Mutterschutz und Personen in Elternkarenz oder mit einem länger andauernden Krankenstand zählen. Bei den Arbeitslosen lag der Anteil an Personen, die bereits eine COVID-19-Infektion durchgemacht hatten, mit 41,9 % leicht unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Besonders niedrig fielen hingegen die Anteile der bereits infizierten Bevölkerung bei Personen mit Pensionsbezug (25,0 %) sowie sonstigen Nichterwerbspersonen (26,9 %) aus. Anscheinend lassen sich Infektionen im Schul- und Erwerbsalltag weniger gut vermeiden als von Personen, die nicht bzw. nicht mehr im Berufsleben stehen. Allerdings mussten nicht nur Schüler:innen, sondern auch Erwerbstätige in vielen Berufen über einen längeren Zeitraum regelmäßige PCR-Tests durchführen, und somit wurden bei diesen Gruppen mehr Infektionen festgestellt und behördlich erfasst als bei den Nichterwerbspersonen.

Bei einem Vergleich der Bevölkerung ab 25 Jahren nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung fallen die Unterschiede in der Infektionshäufigkeit verhältnismäßig gering aus. Die höchsten Anteile an Personen, die bereits eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus durchgemacht hatten, ergaben sich bei den Absolvent:innen berufsbildender höherer Schulen (51,5 %) und jenen von Kollegs (51,1 %), während sie bei Personen mit einem Lehrabschluss (42,9 %) oder Pflichtschulabschluss als höchster Ausbildung (37,3 %) am niedrigsten waren. Ein weitgehend klarer Trend zeigt sich hingegen beim Vergleich der Impfquote nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der Bevölkerung ab 25 Jahren: Während nur 79,2 % der Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss mindestens zweifach gegen COVID-19 geimpft wurden, waren es bei den Hochschulabsolvent:innen sogar 86,6 %.

Geimpfte und jemals positiv auf COVID-19 getestete Personen am 01.07.2022 nach sozioökonomischen Merkmalen in Prozent Grafik 4



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, Registerbasierte Erwerbsverläufe, Bildungsstandregister, BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS), Nationales Impfregister Österreich.

Unterschiede zwischen Haushalts- und Familientypen

Weitere deutliche Unterschiede bei der Infektionshäufigkeit ergaben sich je nach familiärer Situation bzw. Haushaltstyp (Grafik 4). Mit 31,0 % war der Anteil der Personen, die bislang eine Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht hatten, bei Alleinlebenden besonders gering. Auch Personen, die in einer Paarbeziehung ohne Kinder zusammenlebten, waren mit 35,9 % vergleichsweise selten infiziert. Im Gegensatz dazu hatten sich bereits mehr als die Hälfte aller Partner:innen, die zusammen mit Kindern in einem Haushalt lebten, mit dem Coronavirus infiziert (54,4 %). Bei deren Kindern lag der Anteil bereits Infizierter mit 52,2 % nur geringfügig darunter. Diese Unterschiede sind aber nicht ausschließlich durch die Existenz der Kinder und das Einschleppen der Infektion aus den Schulen in die privaten Haushalte zu erklären, denn Personen in Paarbeziehungen mit Kindern sind mit einem Durchschnittsalter von rund 47 Jahren deutlich jünger als jene in Paarbeziehungen ohne Kinder, die im Mittel 59 Jahre alt sind und sich zu einem gewissen Teil bereits im Ruhestand befinden, wodurch die weiter oben beschriebenen alters- und erwerbsstrukturspezifischen Unterschiede zum Tragen kommen.

Personen, die am 01.07.2022 in einem Anstaltshaushalt lebten, hatten zu rund 45 % eine nachgewiesene Infektion mit

dem Coronavirus durchgemacht. Diese Gruppe ist allerdings relativ heterogen und umfasst verschiedenste Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise Studierende in Studierendenheimen, Asylsuchende in Flüchtlingsquartieren, Strafgefangene in Justizvollzugsanstalten oder Personen in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen.

Mortalitätsniveau und Lebenserwartung

In demographischer Hinsicht zeigen sich die Folgen einer Pandemie unmittelbar und am deutlichsten bei den Sterbezahlen. In 2020, dem ersten Jahr der Coronapandemie, verstarben in Österreich insgesamt 91 599 Personen, so viele wie seit 1983 (93 041) nicht mehr. Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 2019, als 83 386 Todesfälle registriert wurden, ergab sich ein deutlicher Anstieg um 8 213 Sterbefälle bzw. 9,8 %. Vergleichen mit dem Durchschnitt der Sterbefälle der drei vorangegangenen Jahre 2017 bis 2019 betrug der Anstieg 9,6 % (Tabelle 1). Im Jahr 2021 starben insgesamt 91 962 Personen, womit auch im zweiten Pandemiejahr die Mortalität auf hohem Niveau blieb und es sogar zu einem weiteren – wenn auch geringfügigen – Anstieg um 363 Sterbefälle bzw. 0,4 % gegenüber dem Jahr 2020 kam. Die rohe Sterberate (Gestorbene auf 1 000 der Bevölkerung) kletterte von 9,4 ‰ im Jahr 2019 auf jeweils 10,3 ‰ in den Jahren 2020 und 2021.

Angesichts der jährlich steigenden österreichischen Bevölkerungszahl sowie erwartbarer Effekte durch Veränderungen in der Altersstruktur (beispielsweise rückten die besonders geburtenstarken Jahrgänge 1940 und 1941 kürzlich in die Altersgruppe der 80- und Mehrjährigen auf und erreichten somit ein typisches Sterbealter), wäre in den Jahren 2020 und 2021 auch ohne Pandemie mit einem leichten Anstieg der Sterbefälle zu rechnen gewesen. Im Rahmen der von Statistik Austria im Herbst 2019 – also vor Beginn der Coronapandemie – erstellten Bevölkerungsprognose⁸ wurden gemäß Hauptszenario für das Jahr 2020 insgesamt 85 075 Sterbefälle prognostiziert, wobei die Spannweite zwischen 83 208 (hohe Lebenserwartungsvariante) und 86 410 (niedrige Lebenserwartungsvariante) lag. Die tatsächliche Zahl der Sterbefälle lag 2020 um 7,7 % bzw. 6 524 Personen über dem prognostizierten Wert der Hauptvariante, aber auch um 5,3 % bzw. 4 611 Personen über dem höheren Erwartungswert aus der niedrigen Lebenserwartungsvariante. Gemäß Todesursachenstatistik verstarben 2020 insgesamt 6 491 Personen an den Folgen ihrer COVID-19-Erkrankung, was ziemlich genau der Anzahl an zusätzlichen Sterbefällen im Vergleich zur Hauptvariante der Bevölkerungsprognose entspricht.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für das Jahr 2021, für das die Hauptvariante der 2019 erstellten Bevölkerungsprognose 85 217 Sterbefälle vorhersagte und dieser Wert um 7,9 % bzw. 6 745 Todesfälle überschritten wurde. Die Spannweite der prognostizierten Zahl an Sterbefällen lag 2021 zwischen

8) Siehe Hanika (2020): „Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer 2019 bis 2080 (2100)“.

Sterbefälle 2020 und 2021 im Vergleich zu den prognostizierten Sterbefällen

Tabelle 1

Merkmal	2020	2021
Sterbefälle	91 599	91 962
Prognostizierte Sterbefälle (Bevölkerungsprognose 2019)		
gemäß Hauptvariante	85 075	85 217
gemäß hoher Lebenserwartungsvariante	83 208	82 831
gemäß niedriger Lebenserwartungsvariante	86 988	87 679
Abweichung der Sterbefälle gegenüber ... (in %)		
dem Durchschnitt der Sterbefälle der Jahre 2017 bis 2019 (83 544)	9,6	10,1
den prognostizierten Sterbefällen gemäß Hauptvariante	7,7	7,9
den prognostizierten Sterbefällen gemäß hoher Lebenserwartungsvariante	10,1	11,0
den prognostizierten Sterbefällen gemäß niedriger Lebenserwartungsvariante	5,3	4,9

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, Bevölkerungsprognose 2019.

82 831 (hohe Lebenserwartungsvariante) und 87 679 (niedrige Lebenserwartungsvariante), wobei selbst der Wert der niedrigen Lebenserwartungsvariante noch um 4,9 % bzw. 4 283 Personen überschritten wurde (Tabelle 1). Die Zahl der laut Todesursachenstatistik an COVID-19 verstorbenen Personen war 2021 mit 7 863 sogar noch etwas höher als die Zahl der zusätzlichen Sterbefälle in Relation zum Hauptszenario der Prognose.

Mortalitätsgeschehen im zeitlichen Verlauf

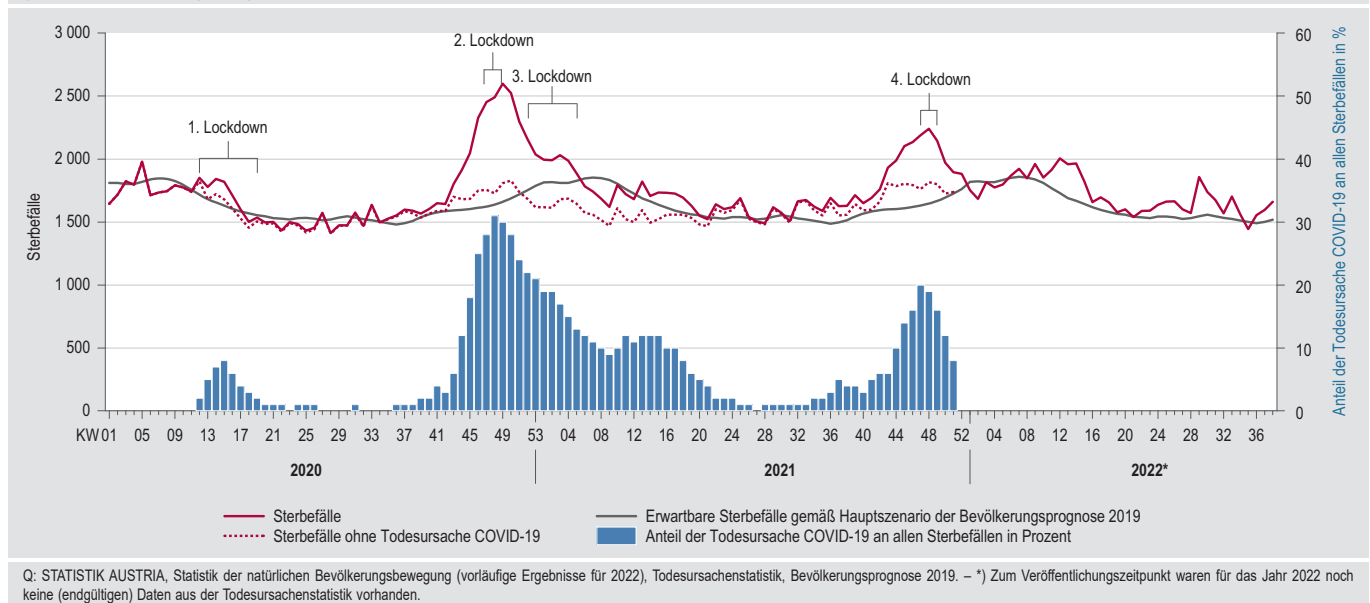
Grafik 5 vergleicht die tatsächliche Zahl der Sterbefälle pro Kalenderwoche mit der prognostizierten Zahl der Sterbefälle gemäß Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2019. Es wurden zwar nur Sterbefallzahlen für gesamte Kalenderjahre prognostiziert, für den Vergleich wurden aber auf Basis der durchschnittlichen Verteilung der tatsächlichen Sterbefälle auf die einzelnen Wochen der Jahre 2001 bis 2019 diese prognostizierten Jahressummen rechnerisch auf die Kalenderwochen aufgeteilt. Darüber hinaus ist für die einzelnen Kalenderwochen der Jahre 2020 und 2021 der Prozentanteil der an der Todesursache COVID-19 verstorbenen Personen an allen Sterbefällen sowie die Anzahl der Sterbefälle ohne die an den Folgen einer COVID-19-Erkrankung verstorbenen Personen ersichtlich.

Die erste Infektionswelle im Frühjahr 2020 sorgte nur für einen leichten und kurzen Anstieg der Zahl der Sterbefälle, welcher durch den ersten Lockdown ab Kalenderwoche 12 anscheinend rasch beendet werden konnte. In der 15. Kalenderwoche, als die erste Infektionswelle ihren Höhepunkt bei den Sterbefällen erreichte, war COVID-19 für etwa 8 % aller Sterbefälle verantwortlich. Von Anfang Mai bis Mitte Oktober 2020 lag die Zahl der Sterbefälle in allen Kalenderwochen nahe dem erwartbaren Verlauf gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, wobei sich bis Anfang August tendenziell etwas weniger und danach geringfügig mehr Sterbefälle ereigneten als jeweils vorhergesagt. In dieser Zeit war COVID-19 als Todesursache auch nur für etwa 1 % aller Sterbefälle Österreichs verantwortlich.

Im Herbst 2020 entfaltete das Infektionsgeschehen eine deutlich größere Dynamik, ehe die Politik mit eindämmenden

Wöchentliche Sterbefälle in Österreich von Anfang 2020 bis Mitte 2022 im Vergleich zur erwartbaren Zahl an Sterbefällen gemäß Bevölkerungsprognose 2019

Grafik 5



Maßnahmen gegensteuerte. Die in dieser Zeit bereits stark gestiegenen Infektionszahlen führten mit einer Zeitverzögerung von rund drei Wochen auch zu einem deutlichen Anstieg der Sterbezahlen. Wurden Mitte Oktober in der 42. Kalenderwoche noch 1 643 Todesfälle registriert, waren es drei Wochen später bereits mehr als 2 000. Die erste Dezemberwoche (49. Kalenderwoche) bildete dann mit 2 598 Sterbefällen in einer einzigen Woche den traurigen Höhepunkt der bisherigen Pandemie, wobei mehr als drei Zehntel der verstorbenen Personen den Folgen ihrer COVID-19-Erkrankung erlagen. Allein in dieser Woche starben rund 940 Menschen mehr, als unter normalen Bedingungen ohne Pandemie zu erwarten gewesen wäre. Die Zahl der Sterbefälle lag somit um rund 57 % über dem prognostizierten Wert.

Ab der 50. Kalenderwoche 2020 machte sich der Effekt des zweiten Lockdowns in Form weitgehend sinkender Sterbezahlen in der Statistik bemerkbar. Lediglich die kurzfristige Lockerung der Maßnahmen sowie die vermehrten Kontakte in der Bevölkerung zu Weihnachten führten – abermals zeitverzögert – zu einer kurzen Stagnation mit minimalem Wiederanstieg der Sterbefälle in der 3. Kalenderwoche des Jahres 2021, ehe die wöchentlichen Todesfälle danach wieder zurückgingen. Im Februar und März 2021 lag die Zahl der beobachteten Sterbefälle sogar etwas unter dem erwarteten hohen Niveau. Grund dafür ist die ausgebliebene Grippewelle, die üblicherweise um diese Zeit grassiert und für ein alljährliches Maximum an Sterbefällen sorgen würde. COVID-19 blieb in dieser Zeit allerdings eine quantitativ bedeutende Todesursache und war für rund 10 % aller Todesfälle zwischen Mitte Februar und Mitte März verantwortlich.

Von Ende März bis Mitte Oktober 2021 lagen die wöchentlichen Todesfallzahlen zwar nahe den prognostizierten Wer-

ten, aber in den meisten Wochen doch etwas darüber – im Durchschnitt um gut 5 % pro Woche. In absoluten Zahlen starben somit im gesamten Sommerhalbjahr 2021 um rund 2 500 Menschen mehr als unter normalen Bedingungen gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose zu erwarten gewesen wären. Differenziert nach der Todesursache war COVID-19 Ende März und Anfang April noch für etwa 12 % aller Sterbefälle verantwortlich, hatte dann aber von Woche zu Woche einen immer kleineren Anteil an allen Todesursachen. Im Hochsommer lag er – ähnlich wie auch im Jahr zuvor – nur mehr bei rund 1 % und stieg erst ab Ende August wieder etwas an.

Ab Mitte/Ende Oktober machte sich das steigende Infektionsgeschehen der neuen Virusvariante Delta in Kombination mit dem zögerlichen Beschluss eindämmender Maßnahmen abermals – ähnlich wie im Vorjahr – in einem Anstieg der Todesfälle bemerkbar. Während in der 41. Kalenderwoche 2021 noch etwas weniger als 1 700 Menschen starben, waren es in der ersten Dezemberwoche (48. Kalenderwoche) 2 241 Sterbefälle, wobei knapp zwei Zehntel davon auf COVID-19 als Todesursache zurückzuführen waren. Die Zahl der Verstorbenen lag in dieser Woche um knapp 600 Personen bzw. 36 % über dem unter normalen Bedingungen erwarteten Wert. Ab der 49. Kalenderwoche 2021 ging die Zahl der Sterbefälle wieder zurück und lag dann zu Jahresbeginn 2022 sogar kurze Zeit unter dem Erwartungswert. Seit der 6. Kalenderwoche 2022 überstiegen die tatsächlich registrierten Sterbefälle die erwarteten Werte jedoch wieder in beinahe jeder Kalenderwoche, teilweise sogar deutlich. Einen ersten Gipfel, für den die Omikron-Virusvariante verantwortlich war, gab es von Ende März bis Anfang April, als von der 12. bis zur 14. Kalenderwoche jeweils rund 2 000 Todesfälle pro Woche verzeichnet wurden,

was ein Plus von 16 % bis 18 % gegenüber den erwarteten Sterbefällen bedeutete. Danach näherte sich der Verlauf der beobachteten Sterbefälle wieder für einige Wochen dem unter normalen Umständen zu erwartenden Verlauf an, ehe sich in den Sommermonaten abermals einige deutliche Spitzen nach oben ergaben. Mitte Juli, in der 29. Kalenderwoche 2022, gab es beispielsweise mehr als 300 zusätzliche Sterbefälle im Vergleich zum prognostizierten Erwartungswert, was einem Plus von rund 20 % entsprach. Dieser Ausreißer nach oben dürfte aber hauptsächlich auf eine starke Hitzewelle zurückzuführen sein, da in dieser Woche die Temperaturen laut Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik im Flächenmittel um bis zu 4,6 Grad Celsius über dem Tagesmittel des Bezugszeitraums 1991 bis 2020 lagen, wobei auf lokaler Ebene teilweise noch deutlich größere Abweichungen gemessen wurden.⁹

Rückgang der Lebenserwartung

Die Berechnung der Lebenserwartung auf Basis sogenannter Periodensterbetafeln bietet einen Querschnittsblick auf die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Zeitraums (z. B. eines Kalenderjahres). Das Ergebnis entspricht dem Alter, das ein neugeborenes Baby durchschnittlich erreichen würde, wenn die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten künftig konstant blieben. Diese Maßzahl eignet sich, um die Mortalitätsverhältnisse verschiedener Zeitpunkte miteinander vergleichen zu können, da sie frei von störenden Effekten aufgrund unterschiedlicher Bevölkerungsgröße oder unterschiedlicher Altersstruktur ist.

Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahrzehnte (seit 1970) stieg die Lebenserwartung bei der Geburt in Österreich pro Dekade um beachtliche 2,50 Jahre für Männer bzw. 2,07 Jahre für Frauen. Dieser Trend einer von Jahr zu Jahr gestiegenen Lebenserwartung bei der Geburt fand mit dem Einsetzen der Coronapandemie ein vorübergehendes Ende. Zwar gab es auch früher einzelne Jahre, in denen die Lebenserwartung stagnierte oder leicht rückläufig war – beispielsweise im Jahr 2015¹⁰ – ein derart deutlicher Rückgang der Lebenserwartung wurde jedoch seit Ende der 1950er-Jahre nicht mehr verzeichnet. Von 2019 auf 2020 reduzierte sich die Lebenserwartung für Männer um 0,60 und für Frauen um 0,47 Jahre. Zwischen 2020 und 2021 änderte sich an der Lebenserwartung kaum mehr etwas: Während jene der Männer um weitere 0,14 Jahre zurückging, stieg jene der Frauen wieder minimal um 0,02 Jahre an. Unter den Sterblichkeitsverhältnissen des Jahres 2021 werden neugeborene Knaben im Durchschnitt 78,80 Jahre und neugeborene Mädchen 83,76 Jahre alt. Damit entsprach die Lebenserwartung

9) Siehe ZAMG (2022): „Klimamonitoring“. Der staatliche Wetter- und Erdbediendienst, vormals Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und der geologische Dienst, die Geologische Bundesanstalt (GBA), vereinen mit 01.01.2023 ihre Expertise in der Geosphäre Austria.
10) Siehe Klotz / Wisbauer (2017): „Zum Anstieg der Mortalität im Jahr 2015“.

Jahr	Männer	Frauen
2017	79,27	83,89
2018	79,29	84,01
2019	79,54	84,21
2020	78,94	83,74
2021	78,80	83,76

Q: STATISTIK AUSTRIA, Demographische Indikatoren.

der Jahre 2020 und 2021 etwa jener des Jahres 2014, als sie für Männer bei 78,91 Jahren bzw. für Frauen bei 83,74 Jahren lag (Tabelle 2).

Geburtenzahlen, Fertilitätsniveau und Kinderwunsch

Zeitliche Entwicklung der Geburtenhäufigkeit

Da in den Daten der Geburtenstatistik neben dem Geburtsdatum der Neugeborenen auch in den meisten Fällen¹¹ die Schwangerschaftsdauer in abgeschlossenen Wochen und Tagen angegeben ist, lässt sich daraus das ungefähre Zeugungsdatum rechnerisch bestimmen. Grafik 6 zeigt die Entwicklung der in den einzelnen Kalenderwochen der ersten beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 gezeugten Babys im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. Während in den ersten beiden Kalenderwochen 2020 noch etwas mehr Kinder gezeugt wurden als im Durchschnitt der drei Vorjahre, blieb die Zahl der gezeugten Babys bereits ab Mitte Jänner rund drei Monate lang jede Woche unter dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. In Summe wurden zwischen Mitte Jänner und Mitte April 2020 (3. bis 16. Kalenderwoche) um rund 1 000 Babys weniger gezeugt als im entsprechenden Referenzzeitraum, wobei sich große Abweichungen Ende Februar und Anfang März, als die ersten Infektionen mit dem Coronavirus in Österreich auftraten und die mediale Berichterstattung kaum ein anderes Thema kannte, sowie dann in der zweiten Märzhälfte, also zu Beginn des ersten Lockdowns, zeigten. Neben der Ungewissheit, wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird, spielten wohl auch insbesondere wirtschaftliche Unsicherheiten bei von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffenen Paaren eine entscheidende Rolle für die Zurückhaltung bei der Realisierung eines allfälligen Kinderwunsches. Ab Mitte April, als sich das Ende des ersten Lockdowns und eine Entspannung der Lage abzeichnete, stiegen auch die Zahlen der wöchentlich gezeugten Kinder deutlich an und lagen dann von Mitte April bis Anfang Juni (17. bis 23. Kalenderwoche) durchgehend über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. In diesem siebenwöchigen Zeitraum wurden in Summe um 500 Babys mehr gezeugt als im Durchschnitt des Vergleichszeitraums der drei vorangegangenen Jahre.

11) Sollte die Angabe der Schwangerschaftsdauer fehlen, wird versucht, sie mittels Rückfrage in der Geburtsklinik oder durch Abgleich mit einer weiteren Datenquelle (Geburtenregister) in Erfahrung zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, wird im Rahmen eines Imputationsverfahrens eine zum Geburtsgewicht plausible Schwangerschaftsdauer geschätzt (Siehe Statistik Austria: „Standard-Dokumentation; Meta-informationen zur Statistik der Standesfälle“.)

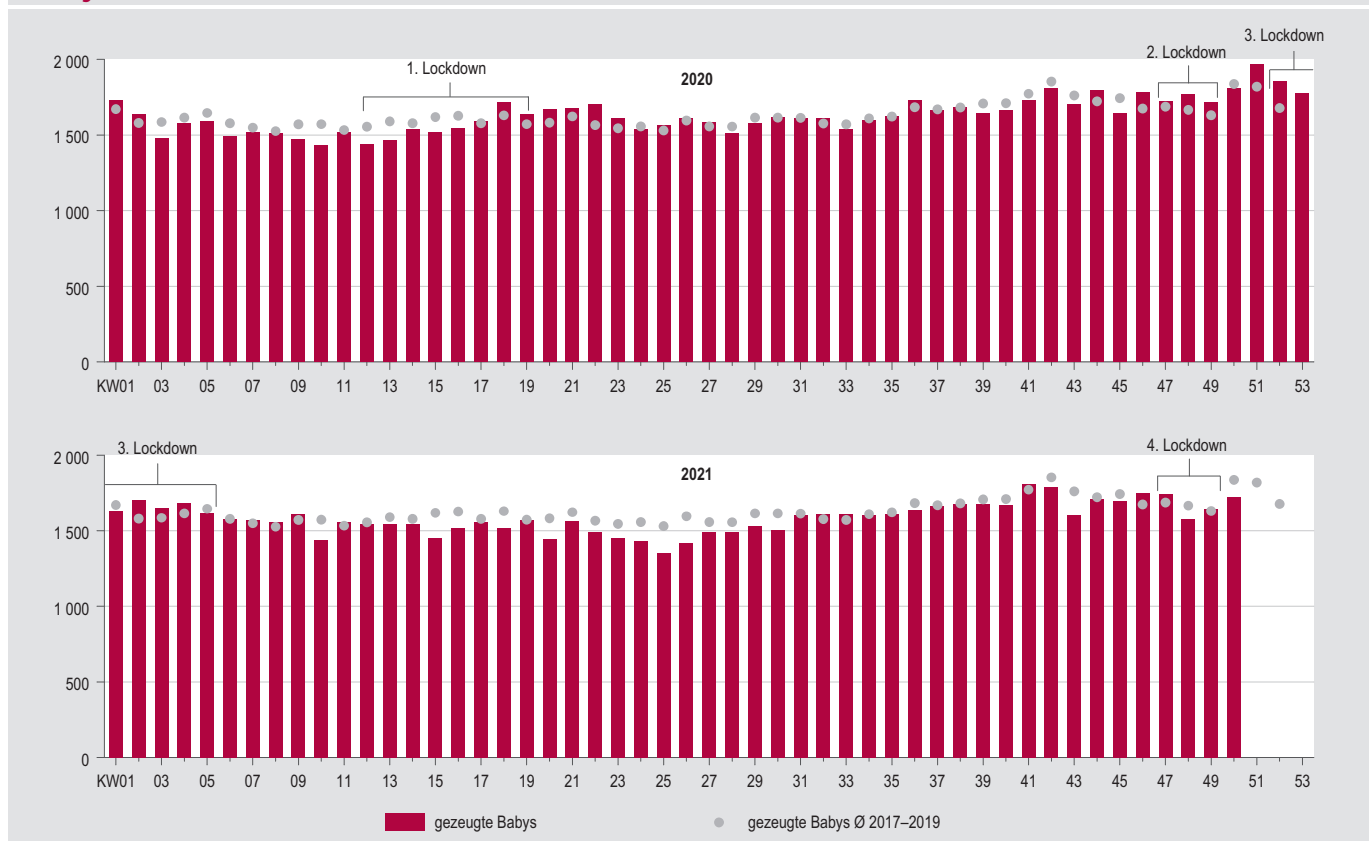
Während sich über die Sommermonate keine nennenswerten Unterschiede bei den Zahlen gezeugter Babys zwischen dem ersten Pandemiejahr 2020 und den drei vorangegangenen Jahren zeigten, begann ab Ende September wieder eine Phase der Unsicherheit mit steigenden Infektionszahlen und neuerlichen Spekulationen über bevorstehende Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung, die sich in der Geburtenstatistik bis etwa Ende Oktober 2020 durch leicht unterdurchschnittliche Zahlen gezeugter Babys ausdrückte. Mit Beginn des zweiten Lockdowns kehrte sich dieser Trend jedoch ins Gegenteil um, und in den letzten acht Wochen des Jahres 2020 wurden – mit einer Ausnahme in der 50. Kalenderwoche – wieder etwas mehr Babys als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 gezeugt. In Summe wurden im vierten Quartal 2020 somit annähernd gleich viele Babys gezeugt wie in den entsprechenden Vergleichszeiträumen der drei vorangegangenen Jahre, allerdings eher aufgeschoben auf das Ende des Quartals. Abgesehen von der 1. Kalenderwoche des Jahres 2021 lagen die Zahlen gezeugter Babys im Jänner 2021 weiterhin etwas über dem Durchschnitt und näherten sich dann im Februar dem Niveau der drei vorangegangenen Jahre an. Auffällig ist der Zeitraum von Anfang/Mitte März bis Anfang/Mitte August 2021 (10. bis 31. Kalenderwoche), in der die Zahlen gezeugter Kinder fast durchgehend unter dem mehrjährigen Durchschnitt lagen. In Summe wurden

in diesem Zeitraum um rund 1 800 Babys weniger als in den vorangegangenen Jahren gezeugt. Über die Gründe kann an dieser Stelle nur spekuliert werden, naheliegender ist jedoch ein Zusammenhang mit den im Frühjahr 2021 medial weit verbreiteten, aber substanzlosen Behauptungen, dass sich die zu dieser Zeit für die Allgemeinheit verfügbar gewordene COVID-19-Schutzimpfung negativ auf die Fruchtbarkeit auswirken könne. Obwohl sich diese Gerüchte in medizinischen Studien als haltlos herausgestellt haben, gab es von einschlägigen Expert:innen dennoch die Empfehlung an Frauen, „sich vor der Verwirklichung des Kinderwunsches impfen zu lassen und dann noch vier Wochen zu warten“.¹² Praktisch alle impfwilligen Frauen im gebärfähigen Alter, die sich für einen der frühestmöglichen Impftermine in ihrem Bundesland entschieden haben, konnten ihre Grundimmunisierung bis Juli 2021 abschließen, weshalb es auch nicht weiter überrascht, dass ab Mitte August 2021 die Zahlen gezeugter Kinder wieder weitgehend dem Niveau der vorangegangenen Jahre entsprachen. Ein Nachholeffekt aufgeschobener Geburten vom ersten Halbjahr 2021 ist allerdings im Lauf der zweiten Jahreshälfte nicht bemerkbar. Beim Verfassen des vorliegenden Beitrags lagen aber erst vorläufige Geburtenstatistiken für die ersten drei Quartale des Jahres 2022 vor, und

12) Siehe Kruckenhauser (2021): „Faktencheck: Macht die Covid-Impfung Frauen unfruchtbar?“

Lebendgeborene in Österreich nach errechneter Zeugungswoche von Anfang 2020 bis Ende 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019

Grafik 6



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (vorläufige Ergebnisse für Geborene mit Geburtsjahr 2022).

bis zur Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse kann sich die Zahl der Geborenen, die im Jahr 2021 gezeugt wurden, durch Nachmeldungen von den Standesämtern noch ein wenig erhöhen. Darüber hinaus ist unklar, wie lange verunsicherte Frauen warten, um eine verschobene Schwangerschaft nachzuholen.

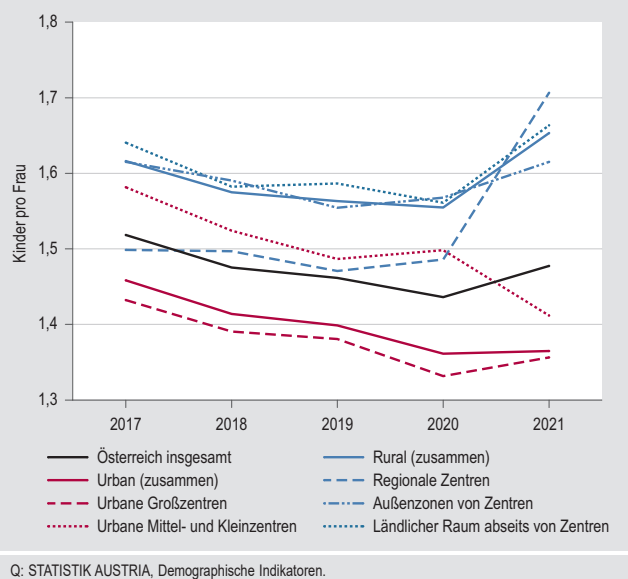
Auswirkung auf das Fertilitätsniveau

Die Gesamtfertilitätsrate gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringen würde, wenn die altersspezifischen Fertilitätsraten einer Beobachtungsperiode (hier jeweils ein Kalenderjahr) während des gesamten gebärfähigen Lebensabschnitts unverändert blieben. In Österreich lag die Gesamtfertilitätsrate 2017 bei durchschnittlich 1,52 Kindern pro Frau und reduzierte sich von Jahr zu Jahr bis zu einem Niveau von 1,44 Kindern pro Frau im Jahr 2020. Da ein Großteil der im Jahr 2020 geborenen Babys bereits 2019 gezeugt wurde, ist diese Entwicklung noch weitgehend unbeeinflusst von der Coronapandemie. Erst die gegen Jahresende geborenen Kinder hatten einen Zeugungszeitpunkt im Februar oder Anfang März 2020, also nach Pandemiebeginn. Bereits zur Gänze aus Babys, die während der Pandemie gezeugt wurden, ergibt sich die Gesamtfertilitätsrate des Jahres 2021, die mit 1,48 Kindern pro Frau deutlich über dem Niveau der Jahre 2019 und 2020 lag und praktisch dem Wert des Jahres 2018 entsprach.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Im urbanen Bereich ging die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 1,46 im Jahr 2017 auf 1,36 im Jahr 2020 zurück und blieb auch 2021 auf diesem Niveau. Die Stagnation zwischen 2020 und 2021 ergab sich dabei aus der Kombination eines deutlichen Rückgangs der Gesamtfertilitätsrate bei urbanen Mittel- und Kleinzentren von 1,50 auf 1,41 Kinder pro Frau bei gleichzeitig dezentem Anstieg der Gesamtfertilitätsrate in urbanen Großzentren von 1,33 auf 1,36 Kinder pro Frau. Anders verlief die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahlen in den Gemeinden des ländlichen Raumtyps: Hier gab es ausgehend von 1,62 Kindern pro Frau im Jahr 2017 einen stetigen Rückgang bis auf 1,55 Kinder pro Frau im Jahr 2020, gefolgt von einem sprunghaften Anstieg der Gesamtfertilitätsrate auf 1,65 Kinder pro Frau im Jahr 2021. Hauptverantwortlich für diesen Zuwachs waren die regionalen Zentren, bei denen sich die Gesamtfertilitätsrate nach einer weitgehenden Stagnationsphase zwischen 2017 und 2020 plötzlich von 1,49 Kinder pro Frau im Jahr 2020 massiv auf 1,71 Kinder pro Frau im Jahr 2021 erhöhte. Auch in den Außenzonen von Zentren sowie im ländlichen Raum abseits von Zentren war von 2020 bis 2021 ein deutlicher Anstieg der Gesamtfertilitätsrate zu beobachten, sodass auch hier die durchschnittlichen Kinderzahlen pro Frau im Jahr 2021 auf oder gar über dem Niveau von 2017 lagen (Grafik 7).

Gesamtfertilitätsrate von 2017 bis 2021 nach Urban-Rural-Typologie

Grafik 7



Veränderung des Kinderwunschs

Im dritten Quartal 2021 wurden im Rahmen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung freiwillig zu beantwortende Zusatzfragen zum Einfluss der COVID-19-Pandemie auf den Kinderwunsch gestellt. Befragt wurden in österreichischen Privathaushalten lebende Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren und Männer im Alter von 20 bis 50 Jahren. Die Ergebnisse zeigen, dass nur wenige Personen (4,4 %) ihre Kinderwunschpläne aufgrund der Pandemie verändert haben. Die Tendenz geht dabei zu weniger Kindern bzw. zu einem späteren Zeitpunkt für (weitere) Kinder: Von jenen Personen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie ihre Kinderwunschpläne geändert haben, wollen 36,4 % nun weniger Kinder bzw. keine Kinder mehr, während sich 6,9 % nun mehr Kinder wünschen. Für 56,7 % gab es keine Änderungen in Bezug auf die gewünschte Kinderzahl. Fragt man nach dem Zeitpunkt, so möchten 12,0 % nun früher ein (weiteres) Kind, verglichen mit 49,1 %, die sich nun später ein (weiteres) Kind wünschen. Für 38,9 % gab es keine Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt.

Vergleicht man die Ergebnisse anhand der Parität, so zeigt sich, dass Personen mit einem Kind am häufigsten ihre Kinderwunschpläne geändert haben (5,9 %). Bei kinderlosen Personen beträgt der Anteil 4,7 %, Personen mit zwei oder mehr Kindern haben ihre Pläne für weitere Kinder seltener geändert (3,2 %). Dieser Zusammenhang ist statistisch signifikant (Pearson-Chi-Quadrat-Test mit Rao-Scott Korrektur zweiter Ordnung, p-Wert = 0,040). Zwischen städtischen und ländlichen Regionen oder Männern und Frauen zeigen sich hingegen keine statistisch signifikanten Unterschiede beim Einfluss der Pandemie auf den Kinderwunsch.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass sich der Befragungszeitraum zum Teil mit der Hauptphase

der COVID-19-Grundimmunisierung in Österreich im Sommer 2021 überschneidet. Da die zuvor präsentierten Ergebnisse einen temporären Rückgang der Zeugungen in dieser Phase zeigen, ist nicht auszuschließen, dass die für einen Teil der Stichprobe vermutlich rezente Impfung bzw. die (mediale) Präsenz der Impfkampagne sich auch im Antwortverhalten in der Erhebung widerspiegeln.

Migrationsverhalten

Insbesondere der erste Lockdown ab Mitte März 2020 (ab Kalenderwoche 12) umfasste persönliche Einschränkungen, die deutliche Auswirkungen auf die Mobilität von Personen hatten¹³ und damit auch Übersiedlungen von Hauptwohnsitzen erschwerten. Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen machten etwa die Besichtigungen von Wohnungen oder die Organisation von Umzügen schwierig. Die Schließung internationaler Grenzübergänge bzw. die durch verschiedene Gesundheitsnachweise oder Quarantäneauflagen erschwerten Übertritte sowie die Einstellung zahlreicher internationaler Flüge wurden schließlich zum Hindernis für Personen, die ins Ausland ziehen bzw. aus dem Ausland nach Österreich zuwandern wollten. Darüber hinaus hat die generell unsichere Situation vermutlich viele Menschen dazu gebracht, geplante Umzüge zu verschieben, vielleicht auch, weil Jobwechsel an andere Orte und Umzüge für Bildungszwecke

13) Siehe Schulze et al. (2021): „Mobilität nach COVID-19“.

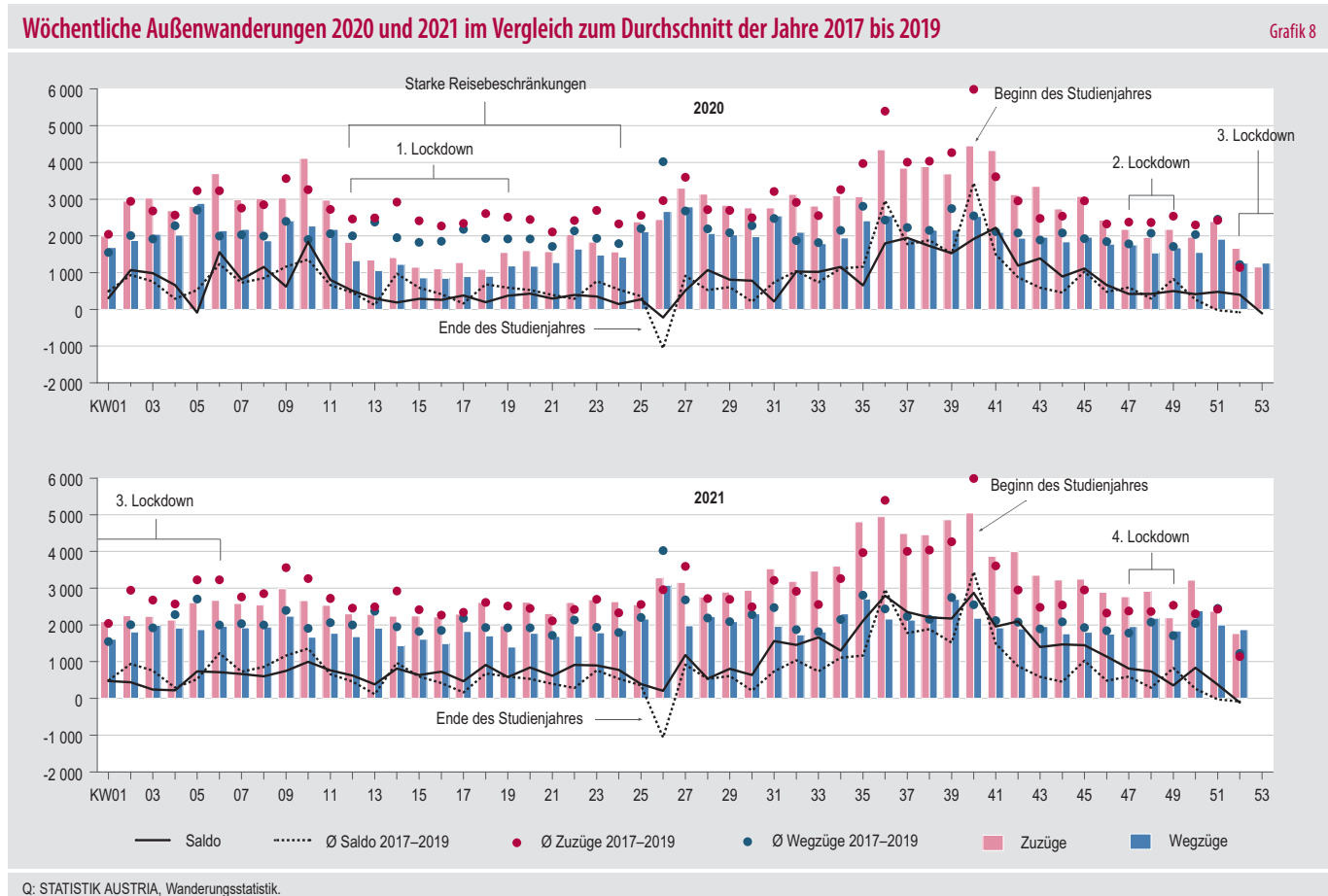
vertagt oder abgesagt wurden.¹⁴ All das spiegelt sich in der österreichischen Wanderungsstatistik wider.

Internationale Migration

Die Außenwanderungen, d. h. internationale Migrationen, die als An- und Abmeldungen österreichischer Hauptwohnsitze in die Daten von Statistik Austria eingehen, brachen in der Zeit des ersten Lockdowns bis zur Wiederaufnahme des innereuropäischen Reiseverkehrs¹⁵ in Österreich deutlich ein. *Grafik 8* zeigt, dass zwischen der 12. und der 24. Kalenderwoche 2020 sowohl die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Österreich als auch jene der Wegzüge in das Ausland im Vergleich zum Durchschnitt der jeweiligen Kalenderwochen der Jahre 2017 bis 2019 stark reduziert waren. In Kalenderwoche 18 lagen die Zuzüge sogar um 58 % und die Wegzüge um 53 % unter dem Durchschnitt der drei Vorjahre. Nach Ende der strengen Reisebeschränkungen – zu Sommerbeginn 2020 wurden die Beschränkungen an den meisten österreichischen Außengrenzen gelockert und es gab wieder mehr und

14) Siehe Yildirim et al. (2021): „Rethinking mobility of international university students during COVID-19 pandemic“.

15) Innereuropäische Linienflüge von und nach Österreich wurden ab der 25. Kalenderwoche 2020 (zwar eingeschränkt, aber doch) wiederaufgenommen. Langstreckenflüge waren noch weitere zwei Wochen ausgesetzt. Danach gab es wieder regelmäßige Flugverbindungen, allerdings waren diese auch in Abhängigkeit der verschiedenen COVID-19-Regelungen in den Destinationen reduziert (Siehe *Kleine Zeitung* (2021): „Chronologie der Pandemie“).



regelmäßige internationale Flugverbindungen – glichen sich die Werte für Zu- und Wegzüge wieder stückweise an die Durchschnittswerte der drei Jahre vor der Pandemie an.

Während in früheren Jahren der Wanderungssaldo Ende Juni (Kalenderwoche 26) regelmäßig deutlich negativ wurde, fiel er 2020 nur vergleichsweise leicht unter null (2020: -220 Personen, Ø 2017–2019: -1 062 Personen). Auch blieben die vor der Pandemie üblichen Saldospitzen in den Kalenderwochen 36 (Ende August) und 40 (Ende September) im Jahr 2020 flacher. Im Jahr 2021 wiederholte sich dieses Muster. Es kann vermutlich durch die in beiden Pandemie Jahren geringere Inanspruchnahme von Auslandssemestern von Schüler:innen und Studierenden erklärt werden.

Die weiteren drei Lockdowns hatten wesentlich geringere Auswirkungen auf die Zahl der Außenwanderungen, was sich an den kleineren Differenzen der Zu- und Wegzüge zu den jeweiligen Durchschnittswerten für 2017 bis 2019 zeigt. Reisemöglichkeiten in das Ausland waren zwar erschwert, aber nicht umfassend eingeschränkt. Vom Sommer 2020 bis Ende 2021 gab es in Abhängigkeit des Pandemiegeschehens immer wieder Phasen verstärkter Kontrollen an den österreichischen Grenzen, bei denen ein negativer COVID-19-Test und/oder ein Impfnachweis der Einreisenden verlangt wurde. Zwischenzeitlich musste auch nach Einreise eine mehrtägige Quarantäne angetreten werden (beispielsweise Ende 2020 / Anfang 2021). Oft galten solche Maßnahmen aber nur für Einreisen aus Ländern, die gerade als Risikogebiet eingestuft waren. Auch andere Länder deklarierten Österreich als Risikogebiet; so schloss Ungarn beispielsweise von Herbst 2020 bis Sommer 2021 die Grenze zu Österreich, und Deutschland und andere Länder verhängten Reisewarnungen für Österreich (z. B. ab Mitte September 2020 oder ab Februar 2021), was die Zuwanderung aus diesen Ländern nach Österreich in diesen Perioden sicherlich reduzierte.

Ab der 11. Kalenderwoche 2021 (Mitte März) lagen die Außenwanderungszahlen wieder mehr oder weniger im Durchschnitt der drei Jahre vor der Pandemie. Ende Juli 2021 (ab ca. Kalenderwoche 30) begann schließlich ein Aufholeffekt bei den Zuzügen nach Österreich, die von da an bis fast zum Jahresende überdurchschnittlich hoch blieben. Da dies bei den Wegzügen nicht der Fall war, war auch der Wanderungssaldo in dieser Periode erhöht.

Die COVID-19 Maßnahmen wirkten sich allerdings nicht in gleicher Weise auf die Migrationsvorhaben aller Personengruppen aus. Vor der Pandemie war im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 der Wanderungssaldo der österreichischen Staatsangehörigen in den Kalenderwochen 12 bis 24 durchgehend negativ, mit Durchschnittswerten zwischen -24 Personen (Dreijahresdurchschnitt der Kalenderwoche 24) und -126 Personen (Dreijahresdurchschnitt der Kalenderwoche 13). Mehr Personen mit österreichischem Pass zogen in dieser Zeit aus Österreich weg als nach Österreich zu.

Als in dieser Phase im Jahr 2020 nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Staaten der Erde erste Lockdowns verhängt waren sowie der internationale Reiseverkehr generell stark beschränkt wurde, kehrten zahlreiche im Ausland lebende Österreicher:innen wieder zurück. Demzufolge war die Zuwanderung österreichischer Staatsangehöriger nach Österreich in dieser Periode höher als die Zahl ihrer Auswanderungen, wodurch es in den meisten Kalenderwochen dieses Zeitraums zu einem leicht positiven Saldo kam, der zwischen +5 (Kalenderwoche 22) und +63 Personen (Kalenderwoche 13) lag. Nach Kalenderwoche 24 blieb der Saldo 2020 und 2021 in den meisten Kalenderwochen aber – ebenso wie vor der Pandemie – wieder im negativen Bereich, fiel aber meist weniger stark als im Dreijahresdurchschnitt der jeweiligen Kalenderwochen 2017 bis 2019 aus.

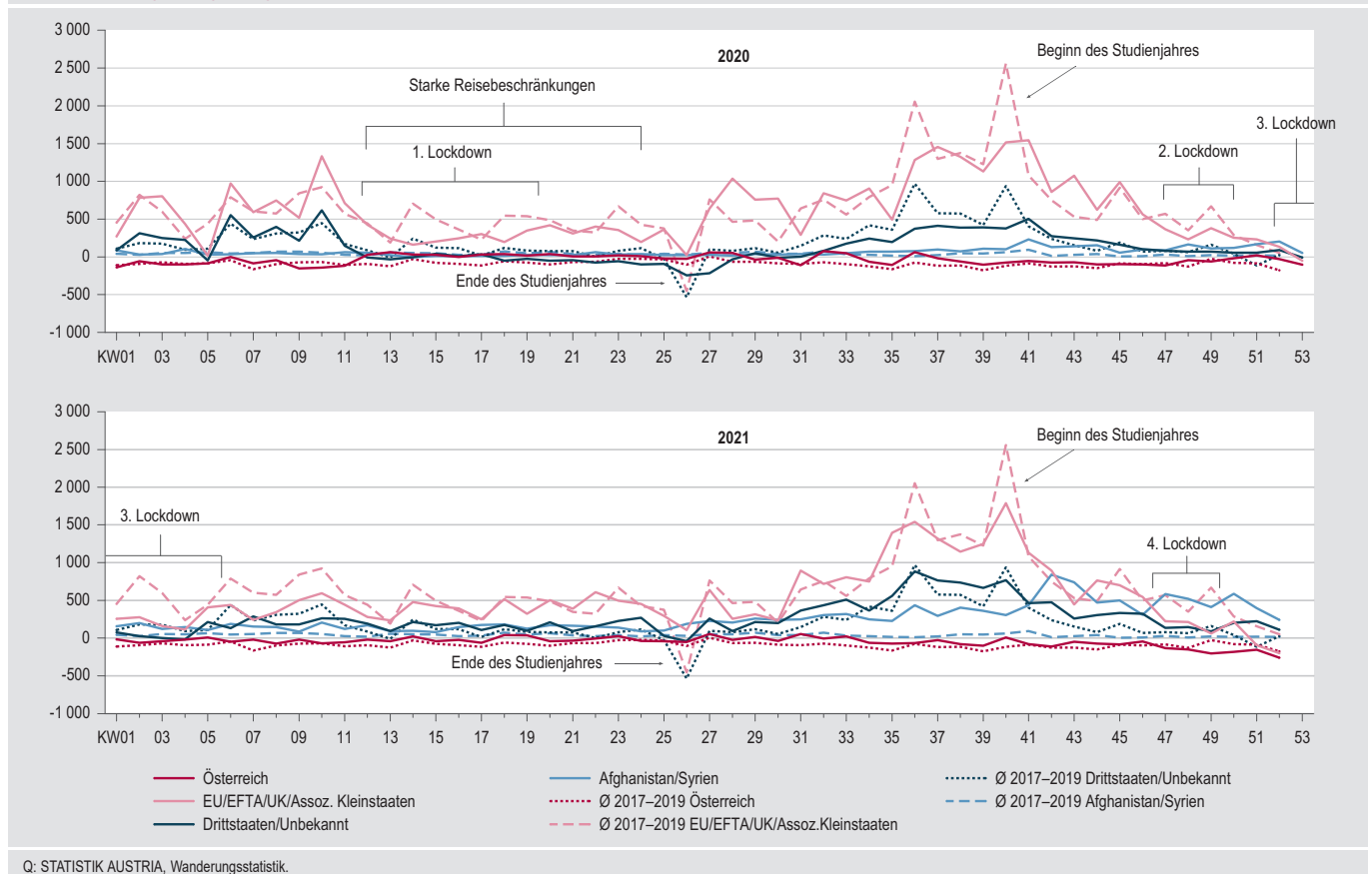
Während der Zeit der strengen Mobilitätsbeschränkungen (12. bis 24. Kalenderwoche 2020) lagen die Wanderungssalden auch für nichtösterreichische Staatsangehörige insgesamt deutlich unter dem Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Da aber die längerfristigen internationalen Reisebeschränkungen weltweit nicht überall gleich lang galten, ergaben sich gewisse Unterschiede im Wanderungssaldo zwischen verschiedenen Staatsangehörigkeitsgruppen (*Grafik 9*).

Personen mit Staatsangehörigkeit eines EU- oder EFTA-Staates bzw. Großbritanniens oder eines mit diesen Ländern assoziierten Kleinstaates holten kurz nach Aufhebung der starken Reisebeschränkungen (Kalenderwochen 28 bis 30) ihre davor eingeschränkte Mobilität nach; in Kalenderwoche 30 lag der Wanderungssaldo dieser Gruppe sogar 275 % über dem Durchschnittswert der drei Jahre vor der Pandemie. Dieser Aufholeffekt ließ dann wieder nach, und insbesondere zu Beginn des Schul- bzw. Semesterbeginns 2020 lag der Saldo deutlich unter dem Durchschnitt der drei Vorjahre. Auch Ende 2020 / Anfang 2021 wanderten im Vergleich zu 2017 bis 2019 weniger Staatsangehörige aus dem EU-/EFTA-Raum nach Österreich ein, was mit dem erhöhten Infektionsgeschehen insgesamt, aber insbesondere auch mit dem Landeverbot für Flugzeuge aus dem Vereinigten Königreich in Zusammenhang stehen kann. Auch als zu Beginn der Omikron-Welle (Ende 2021) wieder Flüge aus dem Vereinigten Königreich nach Österreich verboten wurden, fiel die Zahl der Einwanderungen einzig aus dieser Ländergruppe unter den Dreijahresdurchschnitt (Kalenderwoche 52).

Für Staatsangehörige von Drittstaaten (ohne Syrien und Afghanistan) fiel der Wanderungssaldo ebenfalls während der starken Reisebeschränkungen unter den Durchschnitt des Vergleichszeitraums 2017 bis 2019. Im Gegensatz zu EU-/EFTA-Staatsangehörigen blieb der Saldo dieser Gruppe dann aber bis inklusive Kalenderwoche 40 unterdurchschnittlich. Erst ab der 41. Kalenderwoche 2020, die Anfang September den Semesterbeginn an Universitäten brachte, stieg der Saldo dieser Personengruppe leicht über den Dreijahresdurchschnitt der Vorpandemiejahre. 2021 war der

Wöchentlicher Außenwanderungssaldo 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 nach Staatsangehörigkeitsgruppen

Grafik 9



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wanderungsstatistik.

Wanderungssaldo von Drittstaatenangehörigen in den ersten zehn Wochen meist leicht unterdurchschnittlich; möglicherweise sorgte das Aufbäumen der Omikron-Welle für Unsicherheiten bei Umzügen zwischen Kontinenten. Danach lag er aber bis auf wenige Ausnahmen jede Woche bis Jahresende über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019.

Der Wanderungssaldo von Personen mit syrischem oder afghanischem Pass blieb nach dem ersten Lockdown bis zur 32. Kalenderwoche 2020 unter dem Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Ab Kalenderwoche 33 (Mitte August 2020) änderte sich dies aber, und der Saldo dieser Personengruppe war von da an bis Ende 2021 überdurchschnittlich hoch, wobei er insbesondere ab dem Sommer 2021 anstieg. Möglicherweise ist diese Zunahme durch einen gewissen Aufholeffekt bzw. durch Personen, die in den vorherigen Monaten auf Fluchtrouten wegen COVID-19-Restriktionen nur verzögert vorangekommen waren und nun in Österreich eintrafen, mitbedingt. Eine wesentliche Rolle spielte aber sicher das zur gleichen Zeit zunehmende Kriegsgeschehen in Syrien sowie die Machtübernahme der Taliban im August 2021.

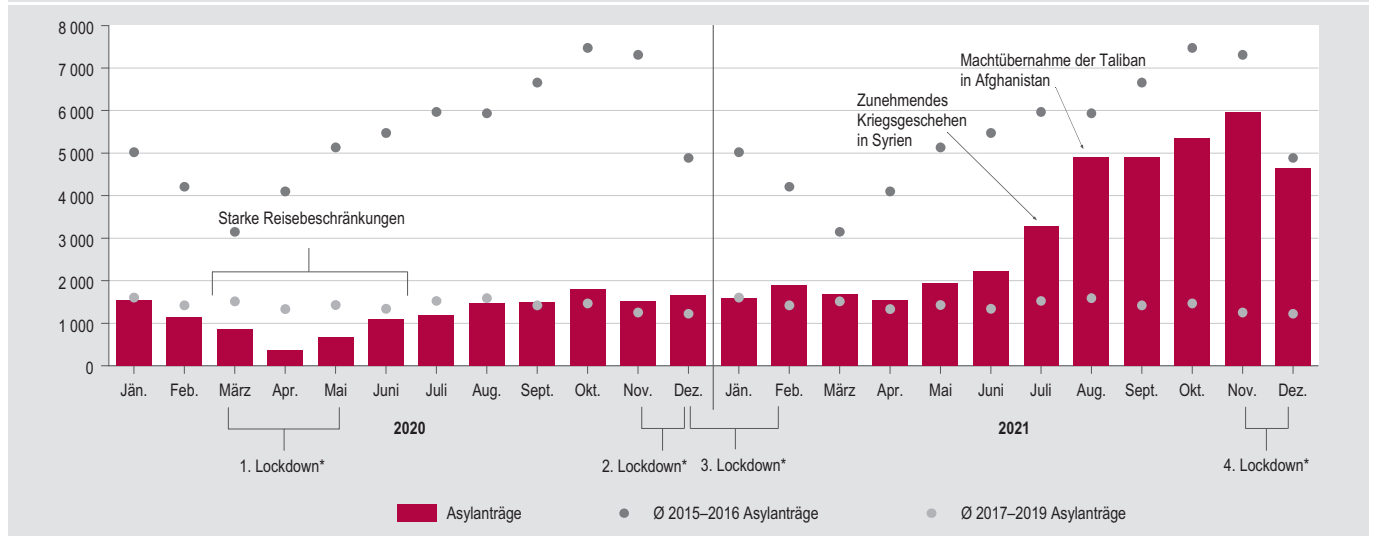
Asylanträge

Eingeschränkte Reisemöglichkeiten erschwerten es auch geflüchteten Menschen, nach Österreich zu kommen. Die Asyl-

statistik des Bundesministeriums für Inneres erlaubt die Darstellung der monatlich in Österreich gestellten Asylanträge während der beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 im Vergleich zu den Vorjahren 2017 bis 2019 sowie zu den antragsstarken Jahren 2015 und 2016 (Grafik 10). In den Monaten März und April 2020, in die der erste Lockdown fiel, ging die Zahl der Asylanträge stark zurück und blieb auch im Mai noch deutlich unter dem Durchschnitt der drei Jahre vor der Pandemie. Wurden jeweils im April der drei Jahre vor der Pandemie durchschnittlich 1 333 Asylanträge in Österreich gestellt, so waren es 2020 nur 359. Erst ab den Sommermonaten wurden wieder ähnlich viele Asylanträge gestellt wie im Durchschnitt der Vergleichsmonate der Vorjahre. Wie bei den Außenwanderungen hatten die folgenden Lockdowns wenig Effekt auf die Zahl der Asylanträge, was vermutlich daran liegt, dass internationale Reisebeschränkungen, insbesondere auf wichtigen Fluchtrouten nach Österreich, weitgehend aufgehoben bzw. mit entsprechenden Gesundheitsnachweisen möglich waren. Der stark überdurchschnittliche Anstieg der Asylanträge ab dem Sommer 2021 ist – genauso wie die steigende Zuwanderung aus Syrien und Afghanistan in dieser Zeit – neben gewissen Aufholeffekten auch mit weltpolitischen Geschehen zu erklären und keine unmittelbare Konsequenz von COVID-19. Die hohen Antragszahlen der Jahre 2015/2016 wurden 2021 dennoch nie erreicht.

Monatliche Asylanträge in Österreich 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 sowie zum Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2016

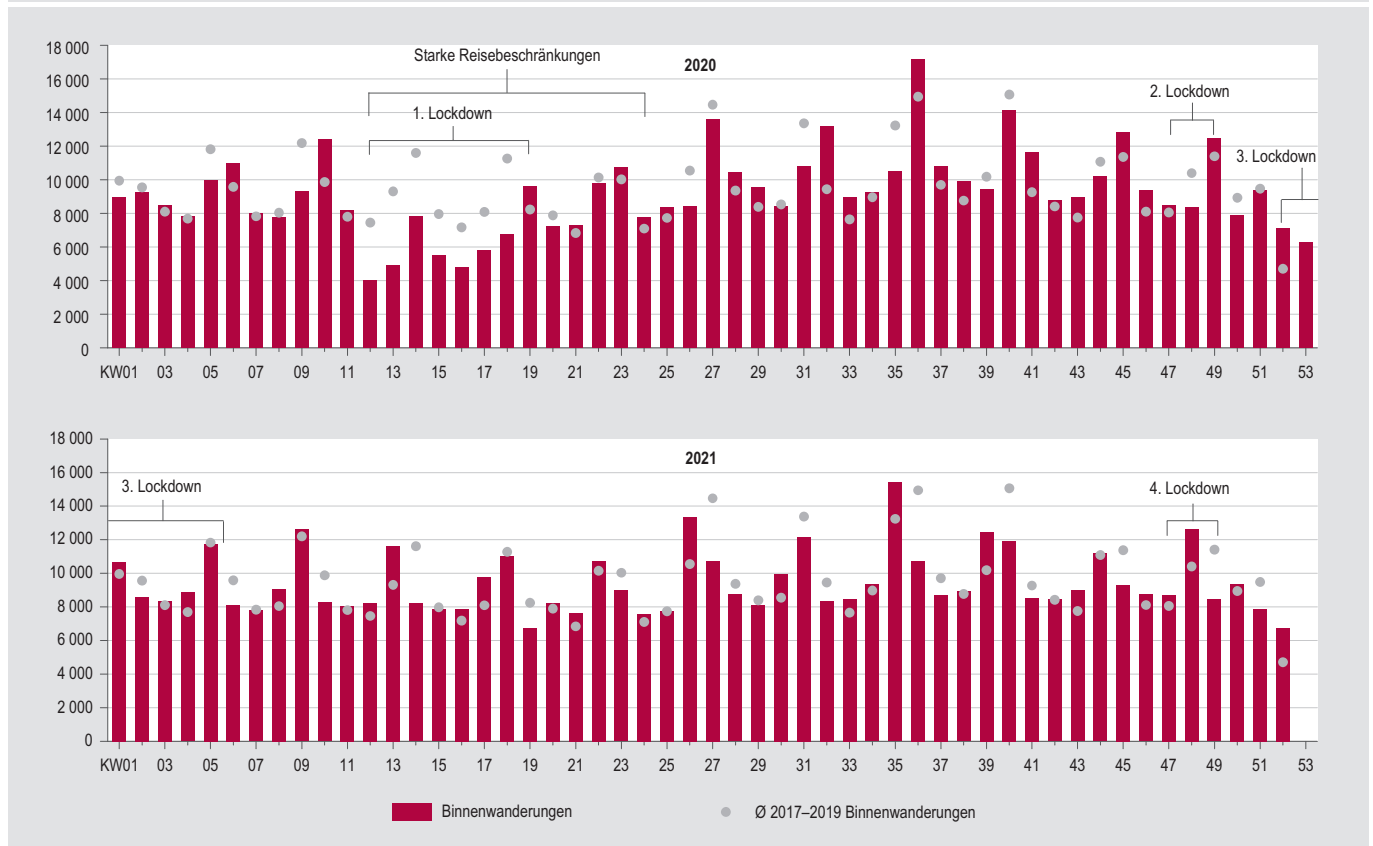
Grafik 10



Q: Bundesministerium für Inneres, Asylstatistik. – *) Da Lockdowns nicht nach Monaten verhängt wurden, ist diese Einordnung nur eine Annäherung..

Wöchentliche Binnenwanderungen zwischen Gemeinden (ohne Wiener Bezirke) 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019

Grafik 11



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wanderungsstatistik.

Umzüge innerhalb Österreichs

Ummeldungen von Hauptwohnsitzen innerhalb Österreichs werden als Binnenwanderungen bezeichnet. *Grafik 11* zeigt die Zahl der Binnenwanderungen zwischen österreichischen Gemeinden 2020 und 2021. Dass viele Mietverträge in

Österreich jeweils zu Monatsbeginn in Kraft treten und Wohnsitzwechsel daher gehäuft in der ersten Woche eines jeden Monats gemeldet werden, spiegelt sich in den höheren Werten der entsprechenden Kalenderwochen wider. Direkt nach Lockdownbeginn Mitte März 2020 (12. Kalender-

woche) ging die Zahl der Binnenwanderungen zwischen Gemeinden deutlich zurück und blieb unter dem Durchschnitt der drei Jahre vor Pandemiebeginn. In den ersten beiden Wochen lag die Zahl der Binnenwanderungen sogar 46 % (Kalenderwoche 12) bis 47 % (Kalenderwoche 13) unter den jeweiligen Vergleichswerten der Vorjahre. Allerdings hielt dieser deutliche Rückgang nur bis zur 18. Kalenderwoche (Anfang Mai 2020) an. Die Aufhebung der drastischen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im Mai 2020 hatte anscheinend auch Auswirkungen auf die innerösterreichischen Umzugspläne der Menschen, aber auch andere Gründe (z. B. krisenbedingte Jobwechsel) können hier eine Rolle gespielt haben.

Die weiteren Lockdowns hatten nur noch geringere Effekte auf die Zahl der Binnenwanderungen. Im Verlauf 2020 fällt allerdings auf, dass es über den Sommer (ab Anfang Juli, Kalenderwoche 28) in vielen Wochen mehr Umzüge zwischen Gemeinden gab als im Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Insbesondere die Woche vor Schulbeginn in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland (36. Kalenderwoche 2020) dürften überdurchschnittlich viele Menschen für einen Umzug genutzt haben. *Grafik 12* zeigt darüber hinaus, dass in der Zeit nach dem ersten Lockdown mehr Personen als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 von Gemeinden des urbanen (städtischen) Raums in Gemeinden des ruralen (ländlichen) Raums gezogen sind. Auffallend hoch war dieser

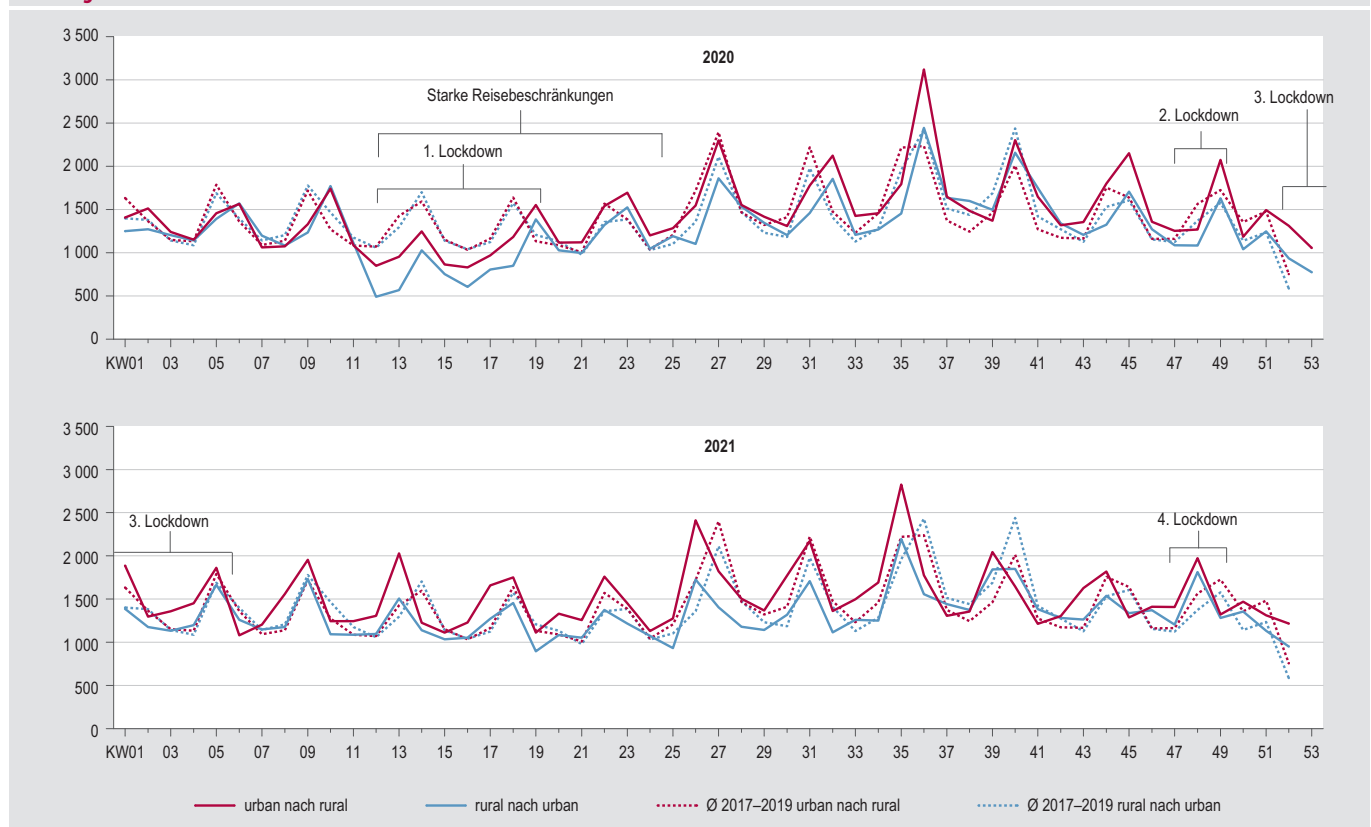
Unterschied wieder in Kalenderwoche 36 des Jahres 2020 bzw. Kalenderwoche 35 des Jahres 2021 (Schulbeginn im Osten Österreichs).

Nebenwohnsitzmeldungen

Während der Lockdownphasen verbrachten viele Menschen einen Großteil ihrer Zeit zuhause in den eigenen vier Wänden. Urlaubsreisen waren aufgrund geschlossener Hotelleriebetriebe kaum möglich, und auch Besuche bei Verwandten und Bekannten konnten während der Gültigkeit der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen kaum legal stattfinden. Die entsprechenden Verordnungen sahen jedoch stets Ausnahmeregelungen für die Fahrt zwischen dem Hauptwohnsitz und allfällig vorhandenen Nebenwohnsitzen vor, sodass beispielsweise Besuche bei Eltern oder Großeltern jederzeit zulässig waren, sofern man selbst bei ihnen mit Nebenwohnsitz gemeldet war. Damit erlangte die Nebenwohnsitzmeldung als Ausweitung der legalen Aktionsmöglichkeiten eine neue rechtliche Bedeutung. Entsprechend lohnenswert ist somit auch ein Blick auf die quantitative Entwicklung der Nebenwohnsitzmeldungen und der multilokalen Bevölkerung in Österreich, wobei statistische Auswertungen zu diesem Thema einerseits personenbezogen und andererseits – da eine Person auch über mehrere Nebenwohnsitze verfügen kann – wohnsitzbezogen (oder fallbezogen) erfolgen können.

Wöchentliche Binnenwanderungen zwischen urbanen und ruralen Gemeinden 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019

Grafik 12



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wanderungsstatistik.

Nebenwohnsitze und multilokal lebende Bevölkerung

Am 01.01.2020, dem letztverfügbaren Stichtag vor Beginn der Coronapandemie, umfasste die Wohnbevölkerung Österreichs insgesamt 8 901 064 Personen. Diese Zahl entspricht der statistisch bereinigten Menge der in Österreich gemeldeten Hauptwohnsitze, da jede Person nur an einem einzigen Hauptwohnsitz gemeldet sein kann. Rund 9,1 % (813 885 Personen) der österreichischen Bevölkerung verfügten neben ihrem Hauptwohnsitz auch noch über mindestens einen Nebenwohnsitz in Österreich. Der Großteil davon hatte nur einen Nebenwohnsitz, immerhin 50 978 Personen hatten zwei Nebenwohnsitze, 3 812 sogar drei und 366 Personen vier oder mehr Nebenwohnsitze. Auf Fallenebene ergaben sich daher insgesamt 873 633 Nebenwohnsitze von in Österreich mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen. Dazu kamen noch 353 623 Nebenwohnsitze von insgesamt 345 865 Personen, die in Österreich keinen Hauptwohnsitz gemeldet hatten. In Summe gab es am 01.01.2020 somit 1 227 256 Nebenwohnsitze (Tabelle 3). Diese Zahl erhöhte sich im ersten Halbjahr 2020 nur relativ moderat um 0,9 % auf 1 238 067 Nebenwohnsitze am 01.07.2020, wobei es jedoch zu zwei gegensätzlichen Entwicklungen kam: Während sich einerseits die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich bereits um 18 670 Fälle bzw. 2,1 % erhöhte, nahm andererseits die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich um 7 859 Fälle bzw. 2,2 % ab. Dieser Rückgang war in erster Linie eine Folge der Ausreise zahlreicher nur mit Nebenwohnsitz in Österreich gemeldeter Saisonarbeitskräfte in der Tourismusbranche zu Beginn des ersten Lockdowns, als es zu den Schließungen der Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe kam.

Im zweiten Halbjahr 2020 blieb die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich auf praktisch unverändertem Niveau, während gleichzeitig 49 861 neue Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich angemeldet wurden. Somit gab es mit Stichtag

01.01.2021 um fast 5 % mehr Nebenwohnsitze in Österreich als noch ein Jahr zuvor. Der Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte und lag nun bei 9,8 %. Im ersten Halbjahr 2021 wurden insgesamt weitere 73 934 Nebenwohnsitze in Österreich angemeldet, wobei mehr als drei Viertel davon auf Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich und die übrigen 22,5 % auf Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich entfielen. In der zweiten Jahreshälfte 2021 stieg die Zahl der Nebenwohnsitze in Österreich um weitere 35 232 Fälle an; rund 56 % davon wurden von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich angemeldet, die übrigen 44 % gehörten Personen ohne Hauptwohnsitz im Inland. Am Stichtag 01.01.2022 gab es somit insgesamt 1 396 494 Nebenwohnsitze in Österreich, um 13,8 % mehr als zwei Jahre zuvor. Dabei fiel der Anstieg bei den Nebenwohnsitzen von Personen, die auch in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben, mit 16,6 % um einiges stärker aus als jener bei Personen ohne österreichischen Hauptwohnsitz (+6,7 %).

Zu Jahresbeginn 2022 gab es insgesamt 937 008 Menschen mit Haupt- und Nebenwohnsitz in Österreich, um 123 123 Personen bzw. 15,1 % mehr als zu Jahresbeginn 2020. Zwar hatte nach wie vor der Großteil davon nur einen einzigen Nebenwohnsitz, aber die Zuwächse bei Personen mit mehreren Nebenwohnsitzen waren beachtlich: 68 806 Personen hatten zu Jahresbeginn 2022 zwei Nebenwohnsitze (+35,0 % gegenüber dem 01.01.2020), 5 687 sogar drei (+49,2 %) und 581 Personen vier oder mehr Nebenwohnsitze (+58,7 %). Der Anteil der Hauptwohnsitzbevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz in Österreich stieg von 9,1 % am 01.01.2020 auf 10,4 % am 01.01.2022 an. Dieses Ausmaß an multilokal lebender Bevölkerung sowie das Niveau der gemeldeten Nebenwohnsitze in Österreich blieb auch im Lauf des ersten Halbjahres 2022 weitgehend stabil, es kam lediglich zu einer minimalen Reduktion der Nebenwohnsitze von Menschen mit Inlandshauptwohnsitz bei gleichzeitig geringfügiger Zunahme an Nebenwohnsitzen von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich.

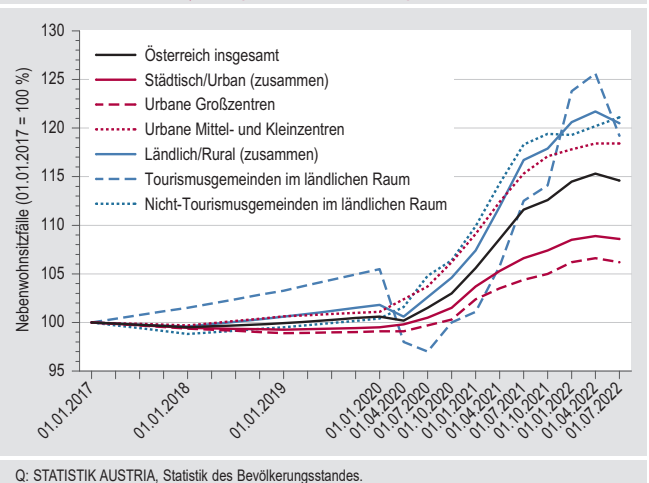
Personen mit Haupt- bzw. Nebenwohnsitz sowie Anzahl der Nebenwohnsitze in Österreich 01.01.2020 bis 01.07.2022							Tabelle 3
Merkmal	01.01.2020	01.07.2020	01.01.2021	01.07.2021	01.01.2022	01.07.2022	
absolut							
Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz in Österreich)	8 901 064	8 912 293	8 932 664	8 945 279	8 978 929	9 059 373	
Bevölkerung ohne Nebenwohnsitz	8 087 179	8 082 586	8 059 969	8 025 113	8 041 921	8 123 866	
Bevölkerung mit Nebenwohnsitz(en)	813 885	829 707	872 695	920 166	937 008	935 507	
Personen nur mit Nebenwohnsitz (ohne Hauptwohnsitz in Österreich)	345 865	337 391	336 229	351 809	366 686	368 078	
Nebenwohnsitze insgesamt	1 227 256	1 238 067	1 287 328	1 361 262	1 396 494	1 397 167	
Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich	873 633	892 303	942 164	999 432	1 019 011	1 018 185	
Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich	353 623	345 764	345 164	361 830	377 483	378 982	
relativ (01.01.2020 = 100 %)							
Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz in Österreich)	100,0	100,1	100,4	100,5	100,9	101,8	
Bevölkerung ohne Nebenwohnsitz	100,0	99,9	99,7	99,2	99,4	100,5	
Bevölkerung mit Nebenwohnsitz(en)	100,0	101,9	107,2	113,1	115,1	114,9	
Personen nur mit Nebenwohnsitz (ohne Hauptwohnsitz in Österreich)	100,0	97,5	97,2	101,7	106,0	106,4	
Nebenwohnsitze insgesamt	100,0	100,9	104,9	110,9	113,8	113,8	
Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich	100,0	102,1	107,8	114,4	116,6	116,5	
Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich	100,0	97,8	97,6	102,3	106,7	107,2	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Regionale Unterschiede

Erwartungsgemäß unterschieden sich die Zuwachsraten an Nebenwohnsitzen in den städtischen und ländlichen Gemeindetypen deutlich voneinander. *Grafik 13* zeigt die Entwicklung der Anzahl der Nebenwohnsitze vom 01.01.2017 bis zum 01.07.2022, wobei aufgrund der unterschiedlichen Häufigkeit von Nebenwohnsitzen in den einzelnen Gemeindetypen die relative Veränderung ausgehend vom Basisstichtag 01.01.2017 dargestellt ist. Zwischen 01.01.2017 und 01.01.2020 kam es generell nur zu sehr geringen Veränderungen der Nebenwohnsitzzahlen, wobei im ländlichen Raum die Zuwächse an Nebenwohnsitzen tendenziell etwas größer ausfielen als in den urbanen Regionen. Nach einem kleinen Einbruch im ersten Quartal 2020, der – wie bereits erwähnt – auf die Abmeldung von Tourismusarbeitskräften zu Beginn des ersten Lockdowns zurückgeführt werden kann, setzte beginnend mit dem zweiten Quartal 2020 ein zunehmender Boom bei den Anmeldungen von Nebenwohnsitzen ein, der vor allem im zweiten Halbjahr 2020 sowie im ersten Halbjahr 2021 seinen Höhepunkt erreichte und praktisch alle Gemeindetypen mit Ausnahme der urbanen Großzentren betraf. Zwar erhöhte sich auch dort die Zahl der Nebenwohnsitzfälle, jedoch fiel das Ausmaß der Zunahme mit lediglich 6,2 % in den fünfeinhalb Jahren seit dem 01.01.2017 vergleichsweise gering aus. In den urbanen Mittel- und Kleinzentren gab es hingegen am 01.07.2022 um 18,4 % mehr Nebenwohnsitze als am 01.01.2017. Mit einem Plus von 20,5 % fielen die Zuwächse in den ruralen Gemeinden noch etwas höher aus, wobei es praktisch keine Unterschiede zwischen den regionalen Zentren und den Außenzonen von Zentren (jeweils +20,4 %) und dem ländlichen Raum abseits von Zentren (+20,6 %) gab, weshalb in *Grafik 13* auch auf diese Differenzierung verzichtet wurde. Unterscheidet man die Kommunen des ländlichen Raumes jedoch nicht nach ihrer Zentralität, sondern nach der Bedeutung des Tourismus, so ergeben sich durchaus auffällige Unterschiede. Bereits in den drei Jahren vor der Coronapandemie kam es in den ruralen Gemeinden mit großer Bedeutung des Tourismus zu einem nennenswerten Anstieg der Nebenwohnsitzmeldungen. Im ersten Halbjahr 2020 änderte sich dies grundlegend, da die Abmeldung der Saisonarbeitskräfte insbesondere in den touristisch geprägten Kommunen des ländlichen Raums zu einem deutlichen Rückgang der Nebenwohnsitze führte. Obwohl bereits im zweiten Halbjahr 2020 wieder ein Zuwachs bei den Nebenwohnsitzmeldungen in den Tourismusgemeinden des ländlichen Raums einsetzte, dauerte es bis zum Beginn des zweiten Quartals 2021 ehe das Ausgangsniveau an Nebenwohnsitzen von vor dem Beginn der Coronapandemie erreicht werden konnte. Während sich österreichweit die Zuwächse an Nebenwohnsitzen im zweiten Halbjahr 2021 allmählich abschwächten, kam es in den touristisch bedeutsamen Kommunen des ländlichen Raums vor allem im vierten Quartal 2021 wieder zu besonders zahlreichen Neuanmeldungen von Nebenwohnsitzen, so dass dieser Gemeindetyp zu Jahresbeginn 2022 um rund 24 % mehr

Nebenwohnsitzfälle in Österreich von Anfang 2017 bis Mitte 2022 nach Urban-Rural-Typologie und Tourismusgemeinden Grafik 13



Nebenwohnsitze verzeichnete als fünf Jahre zuvor am 01.01.2017. Für diese Entwicklung dürfte letztlich eine Kombination von während der Pandemiezeit neu angemeldeten Freizeitwohnsitzen der österreichischen Bevölkerung zusammen mit der Rückkehr zahlreicher Saisonarbeitskräfte in die Tourismusbetriebe während der Wintersaison 2021/22 verantwortlich sein.

Fazit

Die COVID-19-Pandemie veränderte nicht nur den Alltag der Menschen, sondern auch die Demographie Österreichs. Insbesondere die Phase des ersten Lockdowns hat in fast allen demographischen Bereichen deutliche Spuren hinterlassen. Die Mortalität stieg, speziell zu den Höhepunkten verschiedener „Coronawellen“, aber sie blieb auch zwischenzeitlich auf erhöhtem Niveau. Entsprechend fiel die bisher stetig steigende Lebenserwartung zwischen 2019 und 2020 um etwa ein halbes Jahr. Die Zahl der während der Pandemie gezeugten Babys gibt im Zeitverlauf Hinweise auf Unsicherheiten während Lockdowns, aber auch hinsichtlich Verunsicherungen, die in Bezug auf die Wirkung von Impfungen erzeugt wurden. Die internationale Migration ging deutlich zurück, was nicht verwunderlich ist, waren doch Grenzen zeitweise ganz gesperrt oder nur mit Impf- bzw. Genesungszertifikaten passierbar. Dies hatte auch Auswirkungen auf Personen, die um Asyl ansuchen wollten, denn im ersten Lockdown, der zeitgleich in vielen Ländern entlang der für Österreich relevanten Fluchtrouten verhängt wurde, waren Grenzen nur schwer passierbar. Die Entwicklung der Binnenwanderungen sowie der Meldungen von Nebenwohnsitzen erlauben die Interpretation eines Bedürfnisses, weniger auf beengten Wohnraum angewiesen zu sein. Es lässt sich also festhalten, dass die COVID-19-Pandemie die demographischen Trends in Österreich verändert hat.

Der Analysezeitraum von rund zwei bis zweieinhalb Jahren nach Beginn der Pandemie ist für die meisten Themenbereiche ausreichend gewählt, um die demographischen Aus-

wirkungen von COVID-19 abzubilden. Auf das Umzugsverhalten der Bevölkerung scheint die Pandemie im Jahr 2022 keine allzu große Auswirkung mehr zu haben. Ähnliches ist auch in Hinblick auf die Fertilität zu erwarten, wobei sich hier konkrete Trends naturgemäß erst mit einer Zeitverzögerung von rund neun Monaten aus den Statistiken ablesen lassen. Durch das Auftreten weiterer krisenhafter Ereignisse im Jahr 2022, wie dem Krieg in der Ukraine, der Energiekrise und der Rekordinflation, um nur einige Schlagworte zu nennen, ist es darüber hinaus auch zunehmend schwierig, auffällige Entwicklungen in bestimmten demographischen Bereichen (z. B. bei Migrationsbewegungen) auf einen einzelnen konkreten Einflussfaktor zurückzuführen. Der einzige demographische Themenbereich, bei dem der vorliegende Beitrag mit Sicherheit noch keine abschließende Einordnung der COVID-19-Pandemie ermöglicht, ist jener der Mortalität. Hier lässt der knapp zweieinhalbjährige Analysezeitraum nur einen Überblick über die eher kurzfristigen Effekte der Pandemie zu. Insbesondere in Hinblick auf mögliche Langzeitfolgen von Infektionen mit dem Coronavirus, die vielfach als „Long-COVID“ oder „Post-COVID“ bezeichnet werden, scheinen noch sehr viele Fragen offen zu sein.¹⁶ Inwiefern sich Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus auch noch Monate oder gar Jahre nach überstandener Infektion auf gesundheitliche Beeinträchtigungen und in weiterer Folge auf die Sterbewahrscheinlichkeit auswirken, scheint aus heutiger Sicht eine der spannendsten Fragestellungen für zukünftige bevölkerungsstatistische Analysen zu sein.

Literatur

- Al-Serori, L.* (2020): „Ischgl und das Coronavirus. Chronologie des Versagens“ (20.03.2020), Website [Süddeutsche Zeitung](#).
- Hanika, A.* (Wien 2020): „Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer 2019 bis 2080 (2100). Prognosegeneration 2019“, in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten“ 01/2020, S. 13–38.
- 16) Siehe *Rosner* (2022): „Long-Covid, die unbekannte Bedrohung“.
- Kleine Zeitung* (2021): „Chronologie der Pandemie“ (05.11.2021), Website [Kleine Zeitung](#).
- Klotz, J. / Wisbauer, A.* (Wien 2017): „Zum Anstieg der Mortalität im Jahr 2015.“, in: Statistik Austria: „Statistische Nachrichten“ 09/2017, S. 740–742.
- Kruckenhauser, P.* (2021): „Faktencheck: Macht die Covid-Impfung Frauen unfruchtbar?“ (08.08.2021), Website [Der Standard](#).
- Rosner, S.* (2022): „Corona-Pandemie: Sie befinden sich hier! Die Pandemie ist nicht vorbei, aber anders: Welche Risiken haben sich gelöst, geändert? Eine Standort-Bestimmung“ (16.10.2022), Website [Wiener Zeitung](#).
- Rosner, S.* (2022): „Long-Covid, die unbekannte Bedrohung. Langzeitfolgen sind auch ein gesellschaftliches Risiko. Wie groß ist es? Eine Annäherung“ (02.10.2022), Website [Wiener Zeitung](#).
- Schulz, W. H. / Joisten, N. / Edye, C. F. (Hrsg.)* (Wiesbaden 2021): „Mobilität nach COVID-19; Grenzen – Möglichkeiten – Chancen“.
- Statistik Austria / Medizinische Universität Wien* (Wien 2021): „COVID-19 Prävalenz November 2020; Ergebnisbericht“.
- Statistik Austria / Medizinische Universität Wien* (Wien 2022): „Schätzung der COVID-19-Seroprevalenz von nicht geimpften und nicht behördlich als genesen bekannten Personen; Methodenbericht; Februar 2022“, Website [Statistik Austria](#).
- Wisbauer, A. / Schuster, J. / Pohl, P.* (Wien 2022): „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die demographische Struktur in Österreich“, in: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 164. Jahrgang, S. 9–70, <https://doi.org/10.1553/moegg164s9>.
- Yildirim, S. / Bostanci, S. H. / Yildirim, D. Ç. / Erdoğan, F.* (2021): „Rethinking mobility of international university students during COVID-19 pandemic“, in: Emerald Publishing: „Higher Education Evaluation and Development“ Vol. 2 Nr. 15, S. 98–113.
- Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG)* (2022): „Klimamonitoring“, Website [Geosphere Austria](#).

Erwähnte gesetzliche Grundlage

Epidemiegesetz 1950 (EpiG) i. d. g. F., Website [RIS](#).

Summary

COVID-19 and the policy measures imposed to contain the virus affected people's health and lifestyles. Based on data available to Statistics Austria, this paper asks about the impact of the pandemic years 2020 and 2021 (and partly beyond) on the Austrian demographics and population. It shows that mortality increased significantly during this period, but varied by waves of infection also with the introduction of different policy measures (e.g. lockdown). There are also changes in the number of births over the course of the pandemic, which can be interpreted through insecurities related to lockdowns and vaccinations. International migration dropped significantly, especially in the spring of 2020, when European and global mobility was severely restricted, with differences between people of different nationalities. This was also reflected in the number of asylum applications filed in Austria. Migrations within Austria were strongly reduced during the first lockdown in 2020, but all further lockdowns had less influence on them. However, in 2020 and 2021 there were several phases in which more people moved from urban to rural areas than before the pandemic. The number of registered secondary residences – which took on new relevance in the context of mobility restrictions and the use of home offices – also changed: overall, their number increased during the pandemic, but in many municipalities, deregistrations of seasonal workers were also noticeable.